

## **16. Wahlperiode**

Plenar- und Ausschussdienst

## **Wortprotokoll**

### **Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie**

70. Sitzung  
24. Februar 2011

Beginn: 13.01 Uhr  
Ende: 16.34 Uhr  
Vorsitz: Christa Müller (SPD)

#### **Punkt 1 der Tagesordnung**

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### **Punkt 2 der Tagesordnung**

Bericht des Senators aus der Kultusministerkonferenz  
bzw. der Jugendministerkonferenz

Siehe Inhaltsprotokoll.

#### **Punkt 3 der Tagesordnung**

Bericht SenBildWiss – I A 10 und I A 12 – vom 22.12.2010  
betr. Auflage Nr. 53 zum Haushalt 10/11 (Drs 16/2850)

[0553](#)

**Regionale Fortbildung**  
Rote Nummer 2306

Siehe Inhaltsprotokoll.

**Vorsitzende Christa Müller:** Wir kommen zu

**Punkt 4 der Tagesordnung**

- a) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [0420](#)  
**Inklusive Schule jetzt – UN-Konvention über die Rechte von Behinderten umsetzen!**  
Drs 16/2422
  
- b) Antrag der Fraktion der CDU [0482](#)  
**Praktische Schritte zur besseren sonderpädagogischen Förderung gehen: Förderzentren zu sonderpädagogischen Kompetenzzentren entwickeln**  
Drs 16/3061
  
- c) Antrag der Fraktion der CDU [0506](#)  
**Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf mehr Wahlfreiheit und Teilhabe an der Bildung in Berlin eröffnen – Masterplan zur Umsetzung der UN-Konvention „Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ vorlegen**  
Drs 16/3305
  
- d) Mitteilung – zur Kenntnisnahme – [0517](#)  
**Gesamtkonzept „Inklusive Schule“**  
**Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen**  
Drs 16/1051 (II.B.39), 16/2610, 16/3182 und 16/2479,  
– 2. Zwischenbericht –  
Drs 16/3468  
(auf Antrag aller Fraktionen)
  
- e) Mitteilung – zur Kenntnisnahme – [0564](#)  
**Gesamtkonzept „Inklusive Schule“**  
**Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen**  
(alt: Bedarf an sonderpädagogischer Förderung)  
Drs 16/1051 (II.B.39), 16/2610, 16/3182 und 16/2479,  
– Schlussbericht –  
Drs 16/3822  
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der CDU)

Ich freue mich, dass wir fachkundige Experten gewinnen konnten, die uns mit Rat und Tat zur Seite stehen. Einige sind uns nicht ganz unbekannt, die haben wir schon öfter im Ausschuss gehört. Deswegen: Herzlich willkommen und vielen Dank, dass Sie die Zeit für uns aufbringen! – Wie üblich lassen wir ein Wortprotokoll fertigen. – Ich höre keinen Widerspruch. Ich schlage vor, dass wir mit einem Statement der Anzuhörenden beginnen. Dazu möchte ich Ihnen die Anzuhörenden noch mal vorstellen, auch wenn sie bei allen bekannt sind, glaube ich: Rechts sitzt Herr Stadtrat Komoß, Bezirksstadtrat aus dem Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf, neben ihm Herr Klaus-Jürgen Heuel, Vorsitzender des Verbandes Sonderpädagogik, dann Frau Regina Gehret, Schulleiterin der Helen-Keller-Schule, Frau Rita Schaffrinna, Schulleiterin der Fläming-Grundschule, und last but not least Frau Inge Hirschmann, die Vorsitzende des Grundschulverbandes Berlin. Ich möchte Herrn Komoß bitten, die Runde zu eröffnen. – Bitte, Herr Komoß!

**Bezirksstadtrat Stefan Komoß** (BA Marzahn-Hellersdorf): Danke schön, Frau Vorsitzende! – Ich bedanke mich für die Einladung und werde mich bemühen, meine Ausführungen im Rahmen der fünf Minuten unterzubringen. Mein Name ist Stefan Komoß. Ich bin im Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf für Schule, Sport und Finanzen zuständig. Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf mag in der heutigen Anhörung insofern interessant sein, als wir seit August 2009 ein Modellvorhaben namens INKA im Bezirk durchführen, das wesentliche Elemente dessen enthält, was auf der Landesebene bei der landesweiten Durchsetzung von Inklusion geplant ist. Marzahn-Hellersdorf hat das Modellvorhaben deshalb in Angriff genommen, weil wir uns 2007 die Situation im Bezirk angeschaut haben: Marzahn-Hellersdorf hat sich zum damaligen Zeitpunkt dadurch ausgezeichnet, dass es eine weit über dem Berlin-Durchschnitt liegende Diagnostik für das Vorliegen sonderpädagogischen Förderbedarfs aufzuweisen hatte. Während im Land Berlin rund 6,5 Prozent der Kinder einen Förderbedarf haben, ist es im Bezirk fast die doppelte Anzahl gewesen, nämlich 11,3 Prozent.

Die zweite Erkenntnis ist gewesen, dass nicht nur ein weit überdurchschnittlicher Anteil diagnostizierten Förderbedarfs vorlag, sondern auch noch nahezu alle Kinder – über drei Viertel –, die einen solchen sonderpädagogischen Förderbedarf hatten, auf eine Sonderschule gegangen sind und nicht die Wahlmöglichkeit im Rahmen der Regelschule wahrgenommen haben.

Die dritte Beobachtung bei der Analyse ist dann gewesen, dass sich die Anzahl der diagnostizierten Kinder mit Förderbedarf nahezu unabhängig von der Gesamtkinderzahl entwickelt hatte. Marzahn-Hellersdorf hatte Mitte der 90er-Jahre 60 000 Schulkinder. Das ist ein gigantisch hoher Anteil gewesen, der mit der Siedlungsgeschichte des Bezirks zu erklären ist. Diese Anzahl ist bis 2007 auf 20 000 Kinder gesunken. Wir haben also von je drei Schulplätzen zwei verloren, von 60 000 auf 20 000. Mitte der 90er-Jahre gab es bei 60 000 Kindern 2 300 diagnostizierte Förderfälle, wenn ich das mal so sagen darf. 13 Jahre später, 2007, waren es bei nur noch einem Drittel der Kinder immer noch 2 100. Es lag also die Vermutung nahe, dass möglicherweise die vorhandene Kapazität an Sonderschulen einen Zusammenhang mit der Anzahl der diagnostizierten Kinder aufweist. Die Frage war dann: Ist es ein Problem, wenn so viele Kinder einen sonderpädagogischen Förderbedarf diagnostiziert bekommen, ihre Schullaufbahn auf einer Sonderschule beginnen und auch dort beenden? Anders als in dem Roman „Tschick“ – den der eine oder andere von Ihnen gelesen haben mag –, wo es ein Sonderschüler aus Hellersdorf bis aufs Gymnasium schafft, war das in der Wirklichkeit bei uns praktisch nicht gegeben. Die Kinder sind in die Sonderschule gegangen und praktisch nie wieder auf eine Regelschule gewechselt. Wir haben uns dann angeschaut: Wie ist der schulische Erfolg? – Der schulische Erfolg war so, dass die Absolventen von Sonderschulen zu 75 Prozent keinen Schulabschluss erworben haben. Wir haben dann gefragt: Was bedeutet das für die Karrierechancen der Kinder, die eine Sonderschule absolviert haben? – Hier haben wir dann ein eigenes Projekt in Auftrag gegeben. Stand 2010 – wir haben über zwei Jahre untersucht, was aus den Kindern einer Sonderschule geworden ist – muss man feststellen, dass kein einziges dieser Kinder nach dem Besuch der Sonderschule eine Berufsausbildung aufnehmen konnte.

Die Antwort auf die Situation ist dann gewesen, gemeinsam mit der Außenstelle der Senatsbildungsverwaltung zu sagen: Wir versuchen, Inklusion mit einem eigenen Modellvorhaben umzusetzen. – Sechs Grundschulen in Hellersdorf haben im August 2009 mit INKA begonnen. Ich möchte kurz etwas dazu sagen, was die wesentlichen Elemente dieses Modells sind: Wir haben zum einen auf die Diagnostik „Feststellung eines sonderpädagogischen Förderbedarfs“ verzichtet. Das kam mir im ersten Moment – das gebe ich gern zu – auch ein bisschen merkwürdig vor, als würde man einen Sachverhalt verschleiern wollen. Es hat sich aber in der weiteren Diskussion und Umsetzung als wichtiges Element herausgestellt. Wir haben dann – nach diesem Verzicht – gesagt: Wir arbeiten mit einem unterstellten pauschalen Anteil vorliegenden sonderpädagogischen Förderbedarfs. – Auf diesen Anteil hin, der nicht mehr festgestellt, sondern vermutet wurde, wurden dann von Sonderschulen, die wir auch geschlossen haben, Mitarbeiter, die Erfahrung im Bereich sonderpädagogischer Unterrichtung hatten, an die Regelschulen versetzt. Wir hatten hier 6 Prozent unterstellt, und das führte dazu, dass mit dem ersten Jahrgang in jeder Schule ein bis zwei zusätzliche sonderpädagogische Kräfte eingestellt oder umgesetzt wurden. Diese wurden durch Vereinbarung vom Unterricht freigestellt, hatten also keine Regelunterrichtsverpflichtungen. Es ist explizit ausgeschlossen worden, dass sie auch für Vertretungs- und Krankheitsfälle miteingesetzt wurden. Damit hatte man dauerhaft, permanent Lehrkräfte mit Erfahrung vor Ort. Ein wichtiges Element für den Gesamtbezirk: Es gab zwei Koordinatorinnen, die nichts anderes gemacht haben, als mit diesen Lehrkräften, aber auch mit den Kollegien der sechs Grundschulen

insgesamt daran zu arbeiten, wie man Kinder mit einem Förderbedarf angemessen unterrichtet. Die Besprechungen in den Kollegien waren ein ganz wichtiges Element. Wir haben nach einem Jahr und nach anderthalb Jahren noch mal eine Befragung nach Erfolgsfaktoren gemacht. Die Besprechungen mit den Kollegen, die nicht aus dem sonderpädagogischen Bereich gekommen sind und eine permanente Unterstützung durch die neuen Lehrkräfte hatten, sind ein wichtiger Erfolgsfaktor gewesen. Auch der Bezirk hat finanziell eine Verantwortung übernommen und an jeder dieser sechs Grundschulen eine so genannte Lernwerkstatt eingerichtet, die er in einem Umfang von 10 000 Euro pro Grundschule ausgestattet hat. Hier gibt es eine Musterbeschreibung dessen, was in einer solchen INKA-Lernwerkstatt an Ausrüstungsmaterial mit aufgenommen werden sollte. Wir haben eine siebte Lernwerkstatt im regionalen Fortbildungszentrum für Lehrer eingerichtet, damit man auch im Rahmen der Lehrerweiterbildung entsprechend vorbereitet werden kann.

Eine meiner eindrucksvollsten Erfahrungen – ich habe jetzt insgesamt vier Jahre Erfahrung in der Tätigkeit – ist die Auswertung im Bezirksschulbeirat mit einer der beteiligten Schulen gewesen. Dort ist die Schulleiterin gewesen, und sie kam aus einer der beiden Schulen in besonders schwierigem sozialem Umfeld. Vier Schulen – das muss man so sagen – waren aus dem sogenannten Siedlungsgebiet. Das war eine – ich sage mal – normal strukturierte soziale Zusammensetzung. Zwei Schulen hatten aber Lernmittelbefreiung von 50 und einmal von über 60 Prozent. Die Schule mit der größten sozialen Problemlage haben wir uns dann im BSB angehört. Sie hat sehr eindrucksvoll geschildert: Vor acht Jahren hatten sie zu Beginn eines dritten Jahrgangs noch 80 Prozent sogenannte starke Rechner, als sie da eine Überprüfung der Rechenkompetenz gemacht hatten. Im ersten INKA-Jahr, also 2009, gab es zu Beginn der dritten Klasse keinen einzigen mehr. Hier hat es also innerhalb von acht Jahren dramatische Veränderungen der sozialen Zusammensetzung der Schülerschaft gegeben. Nach dem INKA-Jahr – die hatten zwei zusätzliche sozialpädagogische Kräfte – hatten sie bei dem Abschlusstest, dem berlinweiten Vergleichstest für Drittklässler, immerhin den Berliner Durchschnitt als Ergebnis aufzuweisen. Die Schulleiterin hat sehr eindrucksvoll geschildert, dass sie die INKA-Umsetzung zu dem Zeitpunkt als einzigen Weg gesehen hat, aus einer schwierigen sozialen Situation wieder herauszukommen.

Letzte Bemerkung von meiner Seite: Wir haben den Grundschulen im Bezirk angeboten, auf freiwilliger Basis schon im kommenden Schuljahr, also 2011/2012, an dem Modellversuch, der zunächst auf die Region Hellersdorf begrenzt gewesen ist, teilzunehmen. Es haben sich zunächst zwölf Grundschulen gemeldet, und zehn werden nach dem gegenwärtigen Stand zum kommenden Schuljahr teilnehmen. Das würde bedeuten, dass von 26 Marzahn-Hellersdorfer Grundschulen zum kommenden Schuljahr ab August 16 – wie gesagt, allein auf freiwilliger Basis – an dem Modellversuch teilnehmen. Insofern, glaube ich, hat sich die positive Erfahrung der ersten sechs Grundschulen hier auch bei den Schulleitern und -leiterinnen der anderen Grundschulen herumgesprochen. – Danke schön!

**Vorsitzende Christa Müller:** Vielen Dank, Herr Komoß! – Herr Heuel, bitte!

**Klaus-Jürgen Heuel** (Verband Sonderpädagogik): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Staatssekretärin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Verehrte Zuhörer! Der VDS ist der größte deutsche Berufsfachverband, der sich für die Belange behinderter Menschen einsetzt. – Ich bemühe mich, mich ganz kurz zu fassen. Wir haben in den letzten Wochen einen 13-seitigen Entwurf gemacht, der kritisch Stellung nimmt zu dem vorgelegten Gesamtkonzept Inklusive Schule, das Ihnen vorliegen dürfte. Teilweise werde ich daraus zitieren. Das Konzept beinhaltet zweifelsohne viel Gutes, vor allem in der Beschreibung der Ist-Lage. Die Umsteuervorschläge halten leider nach Auffassung des Verbands das vorher implizit versprochene Niveau nicht. Sollte das Konzept wie vorgelegt in Berlin umgesetzt werden, ergeben sich aus Sicht des VDS gravierende Verschlechterungen der sonderpädagogischen Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen. Das steht aus unserer Sicht in klarem Widerspruch zur UN-Behindertenrechtskonvention, in der auch steht, dass alles zum Wohle des Kindes geschehen soll.

Die ablehnende Haltung des VDS folgt vor allem aus der Nichtberücksichtigung und Ausblendung der ökonomischen Voraussetzungen der Schülerinnen und Schüler mit sozioökonomischen Benachteiligungen. Inklusive Schule heißt eben nicht nur: Wir kümmern uns um behinderte Kinder –, sondern alle Kinder sind angemessen zu fördern. In diesem Konzept ist sehr viel von behinderten Kindern die Rede – was ja auch schön und richtig ist –, aber inklusive Schule ist mehr als das. Da stellt Armut ein riesiges Problem dar, vor

allen Dingen in Berlin. Ich erinnere an die Bertelsmann-Studie, die eindeutig nachgewiesen hat mit wissenschaftlicher Methodik, dass Berlin eine sehr arme Stadt ist, besonders einige Bezirke. Das Konzept will jetzt kostenneutral die Förderquote senken. Das gelingt auch mit diesem Konzept, aber wir müssen verstehen, dass die Probleme der Kinder, die häufig an Förderzentren unterrichtet werden, durch die Inklusion nicht gelöst werden können. Man verlagert nur die Probleme und Hilfsbedürftigkeiten, die diese Kinder mit sich bringen, an die allgemeine Schule. Auch ohne Etikettierung habe ich das gleiche Kind vor mir mit den gleichen Schwierigkeiten und den gleichen sozioökonomischen Rahmenbedingungen.

Generell stört den VDS an dem Konzept, dass hier sehr viel mit Zahlen und Geld operiert wird. Menschen mit Behinderungen dürfen aus ethischen Gründen nach unserer Auffassung nicht allein den Gesetzen der Ökonomie unterworfen werden. Der VDS vertritt vielmehr die Auffassung, dass die angestrebte verstärkte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und das Wohl des Kindes leitende Motive für eine Umsteuerung in Richtung Inklusion sind. In dem Konzept werden tatsächliche Kosten für die Inklusion auch gar nicht benannt. Das beunruhigt uns natürlich, weil wir dann vermuten könnten, dass diese Gelder auch nicht bereitgestellt werden – Geld für in ausreichender Vielfalt und Menge verfügbares Unterrichtsmaterial zur Differenzierung und individuellen Förderung, genügend große Klassenräume, Gruppenräume, einsehbar, ausreichende personelle Ressourcen zur Differenzierung etc. Es mag möglich sein, einiges den Bezirken überzuhelfen, aber realistisch ist das wohl nicht. Wir haben die Befürchtung, dass, wenn das mit diesen Ressourcen realisiert werden soll, das Konzept als Formalinklusion scheitern wird.

In diesem Konzept wird die Schulanfangsphase aus unserer Sicht zu positiv dargestellt. Die Schulanfangsphase ist vielleicht auch nicht geeignet, als Beispiel für Inklusion zu dienen, weil sich die Schule ab Klasse 3 stark verändert. Der Leistungsdruck nimmt zu, Vergleichsarbeiten werden geschrieben, Eltern haben auch weniger Interesse an den Konzepten, die in der SAF gefördert werden. Man muss auch sehen, dass manche Schulen in der Schulanfangsphase nicht gut klargekommen sind, sich letztendlich als gescheitert betrachten und nur darauf warten, dass der Zwang zum jahrgangsübergreifenden Lernen abgeschafft wird. Das ist sehr schade, denn es ist eigentlich ein pädagogisch sehr gutes Konzept und unbedingt zu fördern. Aber wenn man es so realisiert, wie man es realisiert hat, dann scheitert es halt.

Zum Punkt emotional-soziale Entwicklung: Die Senatsschulverwaltung hat an anderer Stelle richtigerweise gesagt: Die Gretchenfrage für die inklusive Bildung wird sein, ob wir genügend mit dem Bereich herausforderndes Verhalten umgehen. – Dieses „genügend gut umgehen“ wird mit diesem Konzept nicht realisiert. Zwar werden völlig richtig tolle Konzepte genannt wie ETEP oder Übergangsklassen, aber anschließend werden die Ressourcen nicht bereitgestellt. Eine kleine Schule, z. B. eine Grundschule mit zwei Zügen, erhält nach diesem Konzept weniger als 1,5 Lehrerstellen. Sollte sie damit ein solches Konzept realisieren wie ETEP oder Übergangsklassen, sind die Ressourcen quasi aufgebraucht, und alle anderen Kinder erhalten keine weitere Förderung, weil es einfach nicht geht. Eine größere Schule bindet ebenfalls einen großen Teil ihrer Ressourcen in solchen Konzepten und hat dann ebenfalls nicht mehr genügend übrig, um behinderte Kinder angemessen zu fördern in der Inklusion. Das ist aber dringend notwendig. Die genannten Kleinklassen sind natürlich gut geeignet, doch wir müssen sehen, ob da tatsächlich auch insofern Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, dass jede Schule etwas machen könnte, oder ob es nur ganz wenige Kleinklassen in den Bezirken sind. Das reicht vorne und hinten nicht.

Zum Sprachförderkonzept möchte ich mich jetzt hier nicht äußern. Das werden andere nach mir noch tun. Nur so viel sei gesagt: Das, was eigentlich heilpädagogische Sprachförderung ausmacht, wird in diesem Konzept gar nicht beschrieben. Hier ist von Sprachförderung die Rede. Das ist etwas ganz anderes. Das müsste fachlich aus unserer Sicht überarbeitet werden.

Wenn man die Inklusion fördert und an Förderzentren erhält, dann führt das dazu, dass die Schüler sich an den erhalten bleibenden Förderzentren weiter verändern. Man kann davon ausgehen, dass die noch mehr gravierende Beeinträchtigungen im Sozialverhalten als Sekundärsymptomatik haben. Das ist jetzt schon der Fall. Die derzeitige Klassenfrequenz von 14 Kindern ist unrealistisch. Die meisten Schulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen müssen Konzepte realisieren, die andere Ressourcen brauchen. Deswegen empfiehlt der VDS, wenn Förderzentren im Bereich Lernen erhalten bleiben, dass die Klassenfrequenz dort auf neun Schüler abgesenkt wird, weil damit zu rechnen ist, dass die verbleibenden Schüler auf gar keinen Fall mit

14 Schülern in einer Klasse gefördert werden können. Das Ganze gilt selbstverständlich auch für den Ganztag.

Insgesamt merken wir kritisch an, dass Probleme mit herausforderndem Verhalten, wenn man sie nicht löst – Sie finden immer eine andere Lösung, aber diese Lösung sorgt immer für Exklusion. Der Druck auf die Schulen ist dann so groß, dass sie immer Wege zur Exklusion finden. Das möchten wir nicht. Inklusion ist unser Ziel, und dann muss man auch dafür sorgen, dass nicht exklusive Lösungen gefunden werden können.

In dem Konzept ist davon die Rede, dass angenommen wird, dass die Plätze an den Förderzentren für körperlich-motorische Entwicklung, geistige Entwicklung, Sehen oder Hören oder Autismus in den nächsten vier Jahren um etwa 10 Prozent abschmelzen könnten. Das halten wir für hypothetisch, weil wir wissen, dass zurzeit die Plätze an diesen Förderzentren gar nicht ausreichen, was in einigen Schulen oder Bezirken zur Folge hat, dass die Kinder ganz anders beschult werden, als es eigentlich notwendig wäre. Details können Sie unserer Stellungnahme entnehmen. Wir glauben also nicht, dass etwa 10 Prozent in die inklusive Bildung abwandern. Das halten wir für unrealistisch.

Zudem vermittelt das Konzept den Eindruck, dass 2,5 Förderstunden, wie man sie zurzeit für die Integration gibt, oder vier Stunden für die SAF ein Modell erfolgreich praktizierter Integration darstellen. Das ist nicht der Fall. Es gibt zwar sehr viele wissenschaftliche Studien, die sagen – nein, alle sagen –, dass alle Kinder von inklusiver Beschulung und Integration profitieren, allerdings beruhen diese wissenschaftlichen Studien auf völlig anderer Ausstattung. Da wird nach Fläming- oder Uckermark-Modell – was wir hier in Berlin auch haben – unterrichtet. Das sind Ressourcen, die erfolgreich sind. An diesen Schulen kann man in der Tat sehr gute Inklusion betreiben. Mit zweieinhalb Stunden geht das nicht. Der VDS denkt, dass rechnerisch fünf Stunden pro Kind realistisch sind, damit auch solche Konzepte wie ETEP oder Übergangsklassen überhaupt gebildet werden können und noch etwas übrigbleibt für die, die das nicht brauchen.

Die zentrale Diagnostikstelle, die hier angedacht ist, lehnt der VDS ab. Das liegt einmal daran, dass hier ein Abklärungsverfahren favorisiert wird, das für die Inklusion sehr gut geeignet ist – es ist ein gutes, ausgewähltes, fachliches Konzept –, aber es ist ein dialogisches Verfahren, für das man gute, intime Kenntnisse vor Ort braucht, weil letztendlich auch Förderbedarf direkt dort festgestellt wird. Es ist eben nicht nur ein statusdiagnostisches Verfahren, wie wir es zurzeit haben. Das heißt, gerade in diesem sehr modernen Verfahren sind regionale, detaillierte Kenntnisse sehr hilfreich, und die avisierten Stunden von 12 bis 16 Uhr, die im Konzept genannt werden, sind wohl nicht ausreichend dafür. Das würde dazu führen, dass diese Stelle überlastet ist, und das lässt uns befürchten, dass es ähnlich ist wie bei anderen Institutionen: Man bekommt einen Termin in drei oder sechs Monaten. – Wir müssen bedenken, dass es bei Kindern Entwicklungsfenster gibt, und die schließen sich wieder. Wenn da wertvolle Zeit verstreicht, weil den Kindern nicht geholfen wird, dann kann man das evtl. nur sehr schwer, sehr teuer oder gar nicht mehr gutmachen. So wie es zurzeit läuft, ist es eigentlich ein gutes Verfahren. Natürlich gibt es hier die Probleme, dass die Diagnostik in den Ergebnissen nicht gleichmäßig über die Bezirke verteilt war. Das ist richtig. Allerdings ist dann auch in den Bezirken in Berlin wenig unternommen worden, um das zu ändern. Es gibt viele Bezirke in Berlin, die es so machen, dass ein Gutachter niemals ein Kind begutachtet, das für die eigene Schule gedacht ist. So erspart man sich den Verdacht eines Gefälligkeitsgutachtens – eine sehr geeignete Methode, um so etwas zu vermeiden. Dafür ist kein diagnostisches Zentrum notwendig. Der VDS denkt, diese Stelle spart man sich lieber. Es sollte keine neue Behörde gegründet werden, und auch die entsprechenden Leitungsstellen sollten eingespart werden zugunsten der Förderung behinderter Kinder.

Bei der Weglassung der Etikettierung – also dass nicht mehr festgestellt wird, ein Kind hat den und den Förderbedarf – gibt es ein paar Probleme, die noch rechtlich gelöst werden müssen. Das Konzept nimmt darauf keinen Bezug, vielleicht wollte es das auch gar nicht. Aber sie seien kurz genannt: Es erscheint dem VDS einmal die Zeit zu kurz, einfach die Etikettierung wegzunehmen, die Kinder in die allgemeine Schule zu geben, und die Kollegen sollen klarkommen. Da müssen andere Schritte vorher erfolgen. Erst einmal müssen Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden, vor allen Dingen müssen die Kollegen erst fortgebildet werden: Wie erkenne ich ein solches Kind, das Förderbedarf hat? Wie kann ich es fördern? Wie kann ich mich unterstützen lassen? – Das sind Schritte, die vorher erfolgen sollten, bevor man es einfach so macht. An sich ist es

ein im Sinne der Inklusion richtiger Gedanke, das wegzulassen. Aber das wäre etwas schnell. Dann gibt es das Problem der zieldifferenten Unterrichtung, die manchmal notwendig ist. Ich als Vater hätte ganz schlechte Gefühle, wenn eine Klassenkonferenz mein Kind per Klassenkonferenzbeschluss zieldifferent unterrichten möchte, denn das hat ja Folgen für die Biografie: Tschüss MSA, tschüss Abitur, tschüss Studium! – Es kann nicht sein, dass das allein eine Klassenkonferenz beschließt. Das heißt, wir müssen irgendein Verfahren finden, wo wirklich sichergestellt wird: Dieses Kind wird zieldifferent unterrichtet. Das muss sehr gut abgesichert sein, um da Rechtssicherheit herzustellen. Die Schulen in den betroffenen Bezirken haben zurzeit damit rechtliche Probleme – die Lehrer, die Schulen vielleicht nicht!

Das Problem der ergänzenden Betreuung ist sehr gut gelöst in diesem Konzept. Vergessen wurden unserer Meinung nach die Schüler der Klassen 7 bis 10, Lernen und emotional-soziale Entwicklung. Es gibt keine Kinder, die es mehr brauchen als diese Kinder. Das sind Kinder, die in der Pubertät extreme Verhaltensstörungen entwickeln, Suizidtendenzen, Straftaten, Schuldistanz, Essstörungen usw. Alle Kollegen aus der Praxis wissen, wovon ich spreche. Ausgerechnet diesen Kindern keine ergänzende zusätzliche Betreuung anzubieten, halten wir für falsch.

Beratungs- und Unterstützungssysteme für inklusive Schulen: Schon jetzt ist es in den Integrationsvorzeigeschulen in Berlin so, dass die teilweise die Beratung selbst übernehmen, vor allen Dingen, wenn sie Sonderpädagogen mit im Team haben, die womöglich noch therapeutisch zusatzausgebildet sind. Das sind sehr gut funktionierende Systeme. Die brauchen so ein Unterstützungssystem in der Regel oft gar nicht. Das kann man sich für diese Schulen sparen. Die meisten Schulen wollen es allerdings. Wir schlagen vor, dass diese Beratungs- und Unterstützungssysteme, wie bewährt, an Förderzentren bleiben. Es ist so, dass Beratung effektiver verläuft, wenn man Vertrauen in sie hat. Das ist in der Regel bei Lehrern der Fall, wenn Sie wissen, dass derjenige, der sie berät, auch praktisch mit diesen Kindern arbeitet und weiß, wovon er spricht. Das erhöht die Effektivität der Beratung. Ein reines Beratungs- und Unterstützungssystem von denen, die nicht mehr unterrichten, lehnen wir u. a. aus diesem Grund ab. Die Verzahnung von Praxis, Theorie und Beratung hat sich bewährt. Auch die Arbeit, die das LISUM oder die regionalen Koordinierungsstellen da gemacht haben, ist gut. Es wäre unnötig, da auch wieder eine eigene Behörde, eine eigene Institution einzurichten, die Kosten verursacht. Das Geld ist ja offensichtlich knapp, sonst würde hier nicht so gerechnet. Das könnte man sich aus unserer Sicht ebenfalls sparen. – Ich denke, die fünf Minuten sind um, und verzichte auf eine Zusammenfassung. Danke schön!

**Vorsitzende Christa Müller:** Vielen Dank, Herr Heuel! – Als Nächste hat Frau Gehret von der Helen-Keller-Schule das Wort. – Bitte, Frau Gehret!

**Regina Gehret** (Helen-Keller-Schule): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Frau Staatssekretärin Zinke! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrte Zuhörer! Ich bin ganz froh, dass ich Herrn Heuel erst mal zuhören durfte, bevor ich – dafür möchte ich mich bedanken – hier als Schulleiterin eines sonderpädagogischen Förderzentrums Sprache und als Mitglied im DGS, der Deutschen Gesellschaft für Sprachheilpädagogik, unserem Fachverband, zu Ihnen sprechen darf, denn ich bin ein bisschen verzweifelt an der Aufgabe, unsere Sorgen und Befürchtungen in einem Fünf-Minuten-Beitrag unterzubringen. Ich habe mich aber sehr bemüht und bin jetzt sehr froh, dass vieles, was ich weglassen musste, durch Herrn Heuel schon angesprochen wurde.

Wir Schulleiterinnen und Schulleiter der sonderpädagogischen Förderzentren setzten uns auf einer Tagung im Sommer 2008 zum ersten Mal sehr intensiv mit den Forderungen der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und der Gestaltung eines inklusiven Schulsystems auseinander. Wir begriffen das damals als eine große Chance für unsere Schüler und Schülerinnen, zumal wir fest davon ausgegangen sind, dass wir an den Umsetzungsprozessen maßgeblich beteiligt würden und sie mitgestalten könnten.

Die UN-Konvention Inklusive Pädagogik, der Umgang mit Veränderungsprozessen bestimmten von diesem Tag an verstärkt die Arbeit in meinem Kollegium und auch in anderen Kollegien von Förderzentren, sollten doch die Förderzentren als Unterstützungssysteme für inklusive Pädagogik ausgebaut werden. Ich erinnere mich noch an eine sehr gute Power-Point-Präsentation dort, da gab es ein Bild von einem Eisberg und die Frage: Können wir es zulassen, dass unsere Förderzentren wie Eisberge schmelzen? – Diese Frage wurde damals von allen Beteiligten mit nein beantwortet.

Im Vordergrund unserer Arbeit stand und steht der Anspruch, die Forderung der UN-Konvention für unsere Schüler und Schülerinnen ohne Verlust der von ihnen dringend benötigten sprachheilpädagogischen Fachkompetenz umzusetzen, wie in Artikel 7 Absatz 2 geschrieben:

Bei allen Maßnahmen, die behinderte Kinder betreffen, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.

In mehreren Artikeln der UN-Konvention – 4, 33 und 34 – werden dann Aussagen dazu getroffen, dass bei den Ausarbeitungen, den Maßnahmen zur Durchführung, den Umsetzungen usw. die Menschen mit Behinderungen und ihre sie vertretenden Organisationen eng zu konsultieren sind und diese aktiv in die Prozesse miteinbezogen werden sollen. Um so unruhiger wurden wir, als wir von dem Gesamtkonzept hörten und wussten, es ist in Arbeit, aber keiner, der uns direkt bekannt war, kein direkt bekannter Sprachheilpädagoge von seiner Mitarbeit berichtete. Häufig erfuhren wir Dinge nur aus den Medien.

Nun liegt das Konzept vor, und wir machen uns große Sorgen. Das Konzept ist, was die Sprachheilpädagogik angeht, nicht in der gemeinsamen Arbeit mit den Sonderpädagogen in den Förderzentren oder den Schulpraktischen Seminaren, dem Institut für Rehabilitation an der Humboldt-Universität oder den regionalen Fachverbänden entstanden. Es gab vielfältige Angebote dieser Organisationen zur aktiven Mitarbeit. So finden sich im Konzept fachlich falsche Grundannahmen, und die daraus gezogenen Schlussfolgerungen können fatale Folgen für die Schüler und Schülerinnen mit dem sonderpädagogischen Förderbedarf Sprache haben. Deshalb einige Anmerkungen zum Punkt Definition, der ja als Ausgangslage fungiert: Es wird einmal eingangs die sonderpädagogische Verordnung von 2009 zitiert, die keine Definition darstellt. Dann geht es weiter mit einer Definition „Sprachstörung“ aus einer Enzyklopädie von 1992 und dann mit einem reduzierten Zitat aus der ICD 10, der Internationalen Klassifikation von Krankheiten der WHO – anerkannt, hier aber reduziert auf Störungen der Körperfunktionen. Dies entspricht nach unserem Kenntnisstand nicht den fachwissenschaftlichen Fakten. Eine korrekte wissenschaftliche Grundlage für die Konzeption der Förderung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf gibt es durchaus in der internationalen Qualifikation. Es ist die ICD 10 F80. Hier finden sich klar umschriebene Entwicklungsstörungen des Sprechens und der Sprache wie Artikulationsstörungen, expressive und rezeptive Sprachstörungen, auditive Wahrnehmungs- und Verarbeitungsstörungen. Es gibt auch in der Fachwelt anerkannte aktuelle ursachenorientierte Definitionsansätze, aus denen hervorgeht, dass Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf Sprache kein stabiles Erstsprachensystem haben, mit dem sie ihre Gedanken transportieren, noch die anderen rezeptieren können. Es gibt so ein Bedingungsgefüge von massiv eingeschränkter Sprachwahrnehmungs-, Verarbeitungs- und Speicherfähigkeit, und dies erschwert die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben beträchtlich – und das egal, welche Muttersprache in dieser Gesellschaft gesprochen wird.

Diese für uns unzureichenden und falschen Grundannahmen unter Punkt 3 führen dann folgerichtig zu Schlussfolgerungen, die nur der weiteren Konzeptionierung dienlich sind, aber nach unserem Dafürhalten nicht dem Wohl der sprachbehinderten Kinder. Sprachkompetenz, Sprachbildung, vorschulische Sprachstandsfeststellung usw. – all dies sind Begrifflichkeiten, die sich auf Schüler und Schülerinnen beziehen, die eine allgemeine Sprachförderung dringend benötigen. Hier werden auch sehr gute Konzepte für die Sprachförderung in Kita und Grundschule angesprochen, z. B. das FörMig-Konzept, Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Da haben Kollegen an den Grundschulen schon tolle Arbeit geleistet. Den Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf Sprache kann diese Sprachförderung aber nicht gerecht werden. Die betonte Frühförderung sieht keine sonderpädagogische Frühförderung vor.

Es soll dann im Weiteren einem Trend der kontinuierlich steigenden Anteile von Schülern und Schülerinnen mit dem Förderschwerpunkt Sprache entgegengewirkt werden durch Veränderung der Diagnostik, und das Konzept der Umsteuerung soll an das vorhandene System zur allgemeinen Sprachförderung in der Grund-



schule anknüpfen. Kein Wort also über die notwendigen Bedingungen und Maßnahmen, die für Schülerinnen und Schüler mit dem sonderpädagogischen Förderbedarf Sprache für eine gelingende inklusive Beschulung Voraussetzung sind! Der Hinweis auf den Einsatz von kompetenten Sonderpädagogen an den allgemeinbildenden Schulen ist eine unzureichende Vereinfachung. Wir sind der Meinung, dass ohne die vorausgehende Erarbeitung und Erprobung eines tragfähigen sonderpädagogischen inklusiven Bildungsangebots, das für die betroffenen Schüler und Schülerinnen ein individuell funktionierendes Unterstützungssystem in der allgemeinen Schule zur Verfügung stellt, keine Beschränkung der Plätze an den sonderpädagogischen Förderzentren erfolgen soll. Erstens würden wir damit das Elternwahlrecht einschränken. Es wäre also mit dem dort auch postulierten Elternwahlrecht nicht vereinbar. Aber es wäre zweitens – das finden wir viel fragwürdiger – auch ein Versuch oder ein unfertiges Sparmodell, Kinder umzusetzen, bevor wir wirklich wissen, was an diesen Schulen dann mit ihnen geschehen muss, um die Barrieren abzubauen und sie für die Teilhabe an unserer Gesellschaft fitzumachen.

Die Umsetzung der Behindertenrechtskonvention darf nicht zu einer Benachteiligung ausgewählter, von Behinderung betroffener Menschen führen. Dieses Gefühl haben wir, wenn wir sehen, wie dort mit den Kindern und Jugendlichen, die einen sonderpädagogischen Förderbedarf Sprache haben, umgegangen wird. Die Ziele der UN-Konvention müssen auch und gerade für Kinder und Jugendliche, deren Chancengleichheit in unserer Gesellschaft durch schwere Beeinträchtigungen in Sprache und Kommunikation bedroht sind, gemeinsam fachkompetent angestrebt und mit Erfolg erreicht werden. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. – [Beifall] –

**Vorsitzende Christa Müller:** Vielen Dank, Frau Gehret! – Meine Herren und Damen! Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass Beifallsbekundungen in Ausschusssitzungen nicht üblich sind. – Als Nächste hat Frau Schaffrinna von der Fläming-Grundschule das Wort.

**Rita Schaffrinna** (Fläming-Grundschule): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Ausschussmitglieder! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich danke für die Einladung, hier angehört zu werden. Ich denke, so etwas ist von unschätzbarem Wert, denn Sie, werte Mitglieder des Ausschusses, hören uns Praktikerinnen und Praktiker und Experten an, und Sie werden unsere pädagogischen Beiträge in Ihre Planungen einbeziehen. Diese Zusammenkünfte schaffen die Voraussetzung dafür, dass unsere praktischen Erfahrungen in Ihre Diskussion Eingang finden. Ich bin Rita Schaffrinna, Leiterin der Fläming-Grundschule. Das ist die erste staatliche allgemeinbildende Grundschule in Deutschland, die Integration praktiziert hat und dies nach wie vor mit großem Erfolg – das darf ich sagen – tut. Seit über 30 Jahren setzen wir uns für die Verbreitung des Inklusionsgedankens ein. Daher begrüße ich die Bemühungen der Senatsverwaltung, den Forderungen der UN-Behindertenkonvention gerecht zu werden. Dies passiert schrittweise. Berlin braucht sich im Rahmen der aktuellen Debatte nicht zu verstecken. Der Anteil von Kindern mit Behinderung, die die allgemeinbildende Schule in Berlin besuchen, wurde sukzessive ausgebaut und ist aktuell auf 42 Prozent gestiegen. Es gibt erhebliche bezirkliche Unterschiede – darauf hat mein Vorredner vorhin schon hingewiesen – in einem Range von 19 bis 68 Prozent. Das können Sie in der Tabelle auf Seite 16 sehr gut nachlesen. Besonders vier Bezirke benötigen tatsächlich Hilfestellung bei der Umsetzung der Inklusion – INKA, Inklusion auf dem Weg. Vier Bezirke rangieren in dem ordentlichen Durchschnittsbereich, und vier Bezirke sind schon überdurchschnittlich weit vorangegangen. In diesen Bezirken befinden sich bereits Inklusionsschulen, in welchen kein Kind mehr wegen seiner Besonderheit weggeschickt wird. Es handelt sich um Kinder mit geistigen Behinderungen, mit autistischen Behinderungen, mit schweren oder schwersten Behinderungsformen. Frau Hirschmann, die hier in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende des Grundschulverbands sitzt, ist auch Leiterin einer Grundschule, der Heinrich-Zille-Schule. Diese Schule hat im letzten Jahr den Jakob-Muth-Preis für Inklusion erhalten. Es gibt noch mehrere Schulen hier in Berlin, die diesen deutschlandweiten Preis bekommen haben. Es gibt also sehr gute Vorbilder in den Bezirken.

Wenn allerdings die Konkretisierung der Bemühungen so aussehen sollten, dass die bislang erfolgreich auf dem Gebiet der Inklusion arbeitenden Schulen ihre bisherigen Mittel verknappt bekommen – Sie können dies der Presse entnehmen, es gab in der „Morgenpost“ am 26. November einen Artikel dazu –, dann kann es fraglos zu einer Leistungsverminderung der bislang vorbildlich arbeitenden Inklusionsschulen kommen. Eine Angleichung oder Orientierung nach unten könnte stattfinden, und das ist, denke ich, nicht das Bestreben nach Verbesserung. Die Berliner Konzeption wirft noch andere Fragen auf. So wird auf Seite 20 ff. von

Stunden gesprochen, die zu Präventionszwecken in die Schuleingangsphase gegeben worden seien. Ja, das ist schon auch richtig. Es handelt sich um Stunden, die den Kindern mit Behinderungen im Bereich Lernen und emotionale Entwicklung in der Schulanfangsphase nun nicht mehr an den Förderzentren zur Verfügung stehen und an die Grundschulen umgeleitet worden sind. Da erscheint etwas als Maßnahme, entspringt aber originär aus der kurativen Behandlung eines Förderbedarfs, nämlich Lernen und emotional-soziale Entwicklung. Was aber positiv an dieser Rechnung ist, ist die Tatsache, dass die Notwendigkeit der Prävention erkannt und in dieser Konzeption festgeschrieben worden ist. Ich weiß nicht, ob dieses aber aus den bereits zu verwendenden Förderstundenmitteln finanziert werden kann.

Hier muss konsequent weitergedacht werden, denn dies hängt unmittelbar auch mit dem Punkt 4 auf Seite 9 – wenn Sie da nachschlagen möchten – zusammen. Zitat: „Absenken der Förderquote in Berlin auf 6,5 Prozent“. – Es sind derzeit im Schnitt – ich korrigiere mal – 7,4 Prozent. Dies soll natürlich nicht Selbstzweck sein, denn dann würde es den Bedürfnissen der Kinder nicht gerecht. Wenn dieses Ziel ernsthaft und mit Verantwortung verfolgt wird, dann muss Prävention fest und umfangreich installiert werden, damit Behinderung gar nicht erst entsteht. Die Definition von Behinderung – lesen Sie es nach in der Präambel Absatz e)! – lautet ja: Behinderung entsteht in der Wechselwirkung zwischen einer individuellen Beeinträchtigung und den gesellschaftlichen Barrieren. – Stellen Sie sich mal vor, die Gesellschaft würde den Menschen mit Seh-schwächen keine Brillen zur Verfügung stellen! Ich hätte da große Schwierigkeiten. – Aber man benötigt dafür Ressourcen. Wir können nicht Förderstunden, die behinderten Kindern zustehen, verknappen oder wegnehmen, der aktuelle Förderbedarf besteht noch. Eine finanzielle Umschichtung der Förderung in die Präventionsmaßnahmen ist richtig und wichtig, kann aber erst erfolgen, wenn der Förderbedarf tatsächlich gesunken ist.

Beeindruckt an der vorliegenden Konzeption hat mich die Berücksichtigung neurobiologischer und psychoanalytischer Forschungsergebnisse in Bezug auf das Lernen. Es stimmt: Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen Bindungserleben und Beeinträchtigung, und es hat auch etwas mit dem sozialen Hintergrund zu tun. Dieses Verständnis müsste eigentlich die Verstärkung schulpсихологischer Aktivitäten vorbereiten. Ausdrücklich ist daher auf Seite 71 der Konzeption die Supervision erwähnt. Ich weiß nicht, ob dies aus den angeführten Planungsmitteln bestritten werden kann, denn – ich weiß nicht, inwiefern Sie sich mit Supervision und diesen doch wichtigen Vorgängen auskennen – eine seriöse Supervisionstätigkeit erfordert eine besondere Qualifikation und kann nicht nebenbei geleistet werden. Sie erfordert ein tiefes Wissen um Widerstände, innere und psychische Phänomene, eigene Anteile an Konflikten, benötigt eine sehr gute Analyse- und Reflexionsfähigkeit und ist leider Gottes auch nicht billig im Erwerb. Die angedachten Maßnahmen für Fortbildung und Qualifikation sind mit sehr niedrigen Kosten beziffert. Ich weiß nicht, ob es zu dem gewünschten Qualitätssteigerungseffekt kommt.

Hier komme ich zum Punkt emotional-soziale Entwicklung, den mein Vorredner auch genannt hat. Diese Kinder stellen uns Pädagoginnen und Pädagogen vor die allergrößten Herausforderungen – daher auch der besondere Präventions- und Supervisionsbedarf. In der Konzeption wird hierzu auch einiges ausgeführt, jedoch bedarf es weiterer Ausformulierungen. Bei der Überführung von sonderschulischen in regelschulische Bereiche kommt auf die allgemeinbildenden Schulen eine große Zahl von Kindern mit sehr gemischten Störungsbildern zu, Kinder mit kognitiven Einschränkungen ebenso wie Kinder, die massiv in dem emotional-sozialen Bereich beeinträchtigt sind. Häufig sind beide Bereiche betroffen. Diese Kinder kommen nun an die noch nicht vorbereiteten Regelschulen, denn die Vorbereitungen, die für diese Kinder notwendig sind, sind z. T. noch nicht getroffen bzw. noch nicht in Gänze abgeschlossen worden. Die bislang vorgesehenen Unterstützungsmaßnahmen sind bisher noch nicht in der Fläche entwickelt. ETEP – Entwicklungstherapie und Entwicklungspädagogik – oder auch die Übergangsklassen sind sehr gute Hilfsmittel, aber es gibt sie noch nicht flächendeckend. In diesem Zusammenhang möchte ich nur noch richtigstellen: In der Konzeption ist auf Seite 39 Frau Dr. Becker erwähnt, die an unserer Schule die Übergangsklassen entwickelt habe. Das möchte ich korrigieren: Es war die Werbellinsee-Grundschule.

Die Bewältigung dieser Aufgabe, der Umgang mit Kindern mit schweren emotional-sozialen Beeinträchtigungen, erfordert ein fundiertes Wissen über Psyche und Beziehungssysteme und muss als kollektives Wissen an jeder Schule vorhanden sein. Andernfalls wird man den Kindern, die uns durch ihr Verhalten herausfordern, nicht gerecht und den Lehrerinnen und Lehrern auch nicht. Sie können davon ausgehen, dass ein

Kind mit Verhaltensauffälligkeiten in einer Klasse mit 25 Kindern deutlich mehr als ein Viertel der pädagogischen Aktivität absorbiert. Eine profunde Förderung von diesen Kindern ist mit so einem ausgewiesenen Stellenschlüssel schlecht zu leisten. Jetzt bekommen die Schulen ein Problem: Sie können das Kind nicht mehr an eine Sonderschule geben, und arbeiten können sie auch nicht mit dem Kind. Es besteht die Gefahr, dass es zu einem Rückschritt kommt und erst recht Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten dann – Herr Heuel hat es angedeutet – in medizinischen Einrichtungen untergebracht werden. Das ist auf gar keinen Fall kostenneutral.

Punkt 11 der Berliner Konzeption weist die Vereinheitlichung und die zentrale Steuerung der Förderdiagnose- und -feststellungsverfahren aus. Gegen eine profunde, ausführliche und seriöse Diagnostik kann wirklich niemand ernsthaft etwas haben. Sie ist ja Voraussetzung für eine sehr gute Förderung. Das ist korrekt. Durch die Poolzuschreibung soll die Förderdiagnose an den Schulen stattfinden. Hat das Kind eine darüber hinausgehende Behinderung oder wünschen die Eltern einen anderen Förderort, so soll dies bei einer zentralen Diagnosestelle beantragt werden. Hier stellt sich die Frage, ob eine zentrale Diagnosestelle mit Inklusion oder dem inklusiven Gedanken zusammenpasst. Man könnte fragen, ob dies nicht eher Bestandteil von Segregation ist, denn wenn Diagnostik und Förderung getrennt werden, finde ich das nicht unproblematisch.

Folgende Probleme können sich noch zudem einstellen: Es kann zu einer Schwellenproblematik kommen. Eltern kommen erst gar nicht bei dieser zentralen Diagnosestelle an – aus verschiedenen Gründen. Das hat auch etwas mit den sozialen Hintergründen zu tun. Dann möchte ich etwas salopp einen sogenannten „Pflegediensteffekt“ formulieren. Ich weiß nicht, ob Sie vielleicht pflegebedürftige Verwandte haben. Wenn der Pflegedienst kommt, dann wird alles zusammengekratzt, was an Ressource da ist, man stellt sich dar – man will ja schließlich nicht als hilflos betrachtet werden –, und man bekommt die Förder- oder Pflegestufe zugewiesen, die nicht unbedingt den Anforderungen des anderen täglichen Lebens genügt. Die Angehörigen, die pflegen, wissen, was ich meine. Es kann auch zu einer Verzögerung bei der Bearbeitung in diesen zentralen Diagnosestellen kommen. Man kann überlegen, ob dies dazu führt, dass Zuschreibung von Behinderung erst gar nicht oder erst verspätet passiert. Das bedeutet, dass Kinder nicht adäquat gefördert werden können bzw. die Förderung verzögert wird. Pädagogisch kontraproduktiv ist es, weil ein Kind in seinem Umfeld betrachtet werden muss. Geeignete Fördermaßnahmen und -orte – Sie haben das mit „intimer“ Kenntnis benannt, Herr Heuel, das finde ich ein sehr schönes Wort, es setzt die Kenntnis des Kiezes voraus – können nur die eingebundenen Diagnosesteller und auch die Schulaufsicht, die vor Ort ist, feststellen. Außerdem kann es zu einer Entpersonalisierung kommen, denn in einer anonymen Zentraldiagnose verschwindet das Bedürfnis, verschwindet die Person, das Gesicht.

Es wird das Argument angeführt, dass ein vermeintlicher Interessenkonflikt von bezirklichen Diagnosestellern dazu führt, dass die Förderquote so enorm hoch ist. In anderen Bezirken wird aber unter demselben Punkt genau das Gegenteil bewiesen. Das hängt mit der Steuerung durch die Schulaufsicht zusammen, die natürlich eine hohe fachliche Qualität und Qualifikation vorweisen muss, um die Tragweite von Behinderung überhaupt feststellen zu können. Sie ist vor Ort sinnvoll. Eine mit Sinn gefüllte Kind-Umfeld-Analyse können nun einmal die bezirklich angebotenen Fachkräfte im Hinblick auf die notwendigen und zu koordinierenden Fördermaßnahmen besser beurteilen. Ist eine Quote in den einzelnen Bezirken unerwünscht, kann man sich auch fragen: Warum ist das so? – Dann muss man aber dort direkt steuern und nicht sehr gut im Sinne des Kindes und offensichtlich auch im Sinne der Senatsverwaltung funktionierende Strukturen umsteuern. Dieser Interessenkonflikt besteht nicht grundsätzlich. Die ausführenden eigenen Zahlen der Senatsverwaltung belegen dies. Er besteht evtl. als Ausnahme und kann daher nicht als Regel- oder Grundsatzbegründung hinzugezogen werden.

Als letzten Punkt möchte ich etwas fragen, weil ich nicht weiß, ob ich diesen Punkt richtig verstanden habe. Es geht um Punkt 7, Konzentration der sonderpädagogischen Förderung auf die ersten Jahre der Grundschule. Was passiert nach Klasse 6? Was passiert mit den schwer betroffenen Kindern und sprachbehinderten Jugendlichen? Häufig sind diese Menschen ja mehrfach betroffen insofern, als sich – Frau Gehret hat es ausgewiesen – Ausdruck mit einer Hörbehinderung oder auditiven Wahrnehmungsverarbeitungsstörung verbindet oder mit Zwängen. Das muss dann psychisch oder psychologisch betrachtet werden, wenn es z. B. um Stottern geht. Was passiert mit der wichtigen Förderung für diese Kinder in ihrer sprachlichen Ausdrucksfähigkeit nach Klasse 6?

Grundsätzlich sind der Wille und das Bekenntnis zur Inklusion – ich stehe hier als Verfechterin – zu begrüßen, und ich freue mich darüber. Es besteht allerdings eine Gefahr: Bei dieser Finanzierung oder Umsteuerung muss aufgepasst werden, dass die sonderpädagogische Arbeit nicht verflacht. Das bitte ich Sie ganz dringend zu berücksichtigen. – Ich danke!

**Vorsitzende Christa Müller:** Vielen Dank, Frau Schaffrinna! – Als Nächste hat Frau Hirschmann das Wort.

**Inge Hirschmann** (Grundschulverband Berlin): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Abgeordnete! Haben Sie vielen Dank für die Einladung! Ich habe mich auch gefreut, dass Sie heute in die Niederungen der praktisch Tätigen gehen. Ich bin zum einen die Vorsitzende des Grundschulverbands, und wir haben den langen Prozess der integrativen Beschulung oder – wie wir später gesagt haben – des gemeinsamen Unterrichts in den letzten 25 Jahren als Verband begleitet. Sie kennen Namen wie Heyer, Preuss-Lausitz und die beiden Schulen, die wir früher mal als „Urklöster“ bezeichnet haben. Die sind von Pädagogen aus dem Verband begleitet worden. Ich selbst bin Schulleiterin in Kreuzberg, und wir nähern uns den 25 Jahren, seit wir das erste Kind mit Behinderung aufgenommen haben. Damals war Frau Kern Schulleiterin und hat die ersten Kinder aufgenommen, die eine Vorausschau „Zuweisung zur Sonderschule“ für ihr Leben hatten.

Ich bin insofern auch Vertreterin der Inklusion. Ich bin auch immer optimistischer, dass das zu schaffen ist. Ich hätte es mir fast schon viel früher gewünscht. Wir haben die Unterzeichnung der UN-Menschenrechtskonvention und müssen sie ernst nehmen. Wir haben festgestellt, dass Schulen, auch unsere Schulen, die jetzt manchmal als so inklusiv gelobt werden, trotzdem an verschiedenen Stellen offensichtlich dazu beitragen, dass wir auch aussondern. Das ist vorhin ein bisschen angeklungen bei den Kindern mit den emotional-sozialen Verhaltensschwierigkeiten. Da legen wir uns oft auch die Karten. Und wir haben einen ganz egoistischen Grund: Wir haben als Schule mit gemeinsamem Unterricht natürlich immer ein bisschen darunter gelitten, dass die Zahlen der personellen Ressourcen für uns gedeckelt waren und im Sonderschulbereich sozusagen die Skala nach oben offen war. Wir hatten immer das Gefühl, wir hatten als Reformpädagogen ziemlich viel Arbeit, die Ärmel hochgekrempelt und gemacht und wurden an mancher Stelle dann auf dem Weg verlassen, was die Ressourcen anging.

Der Grundschulverband kann mit dem Gesamtkonzept, das jetzt vorliegt, ganz gut leben, obwohl wir – mal als Überschrift – meinen: Inklusion muss weitergehen als der momentan erste Schritt, der verdeutlicht wird mit der Auflösung der Förderzentren Lernen, emotional-soziale Entwicklung und Sprache. Die anderen Themen werden in dem Konzept mit angefasst, aber wir gehen davon aus, dass es bei vielem noch genauerer Beschreibung bedarf. Das hat auch etwas mit einem gewissen Misstrauen zu tun, dass alles, was so vage bleibt, wenn es politisch durch dieses Haus hier geht, hinterher auch garantiert zum Einsparen genutzt wird. Sie müssen noch ein Stückchen mehr daran denken, dass Sie Menschen mit auf den Weg nehmen wollen. Sie wollen uns mitnehmen, die wir schon eine Menge gemacht haben und eine Menge weitergeben können. Sie wollen aber auch in der Stadt noch ganz viele gewinnen, die den inklusiven Gedanken als Haltung tragen.

Wir gehen davon aus, dass die Loslösung von der Statusdiagnostik hin zur Förderdiagnostik in absehbarer Zeit der richtige Schritt ist. Wir machen uns allerdings auch Gedanken, wie Förderdiagnostik – das klang auch schon an, die ganz konkreten Fragen der Lehrer und Lehrerinnen –, wie die lernzieldifferente Beurteilung da ihren Platz findet. Das kommt häufig erst, nachdem Sie es politisch verabschiedet haben, durch die Verwaltung. Das muss man manchmal aber schon ein bisschen früher in den Fokus nehmen.

Den Aufbau von Beratungszentren in den Regionen – da kann man sich an Bremen und Hamburg schon ein bisschen orientieren – halten wir auch für sehr sinnvoll. Im Gegensatz vielleicht zu meinen Vorrednern würde ich ihn nicht mehr an die Förderzentren anbinden, wo Schüler sind, weil da immer so ein kleines „Geschmäcke“, wie die Süddeutschen sagen, dabei ist, sondern tatsächlich gucken: Wie kriegt man unabhängige Beratungszentren in den Regionen hin? Und vor allen Dingen: Wie kriegt man da auch die gesellschaftlich Verantwortlichen für Inklusion insgesamt mit ins Boot?

Wir kritisieren als Praktiker ganz stark die Kooperation mit der Jugendhilfe. Die ist problematisch. Obwohl wir einen Senator haben, obwohl wir in den Bezirken teilweise die Stadträte in gemeinsamer Verantwortung

haben, haben wir trotzdem auf den unteren Ebenen – sicherlich weil wir zwei arme Kirchenmäuse sind – auch eine Menge an Rivalitäten und sehr unterschiedlichen Vorstellungen. Wir meinen, dass man sich da noch mal genauer – – Da wird ja jetzt auch einiges durch diese Rahmenvorgaben initiiert. Es darf allerdings nicht bei der Papierflut bleiben, dass das nur im Konzept ist, sondern da müssen richtige Vereinbarungen getroffen werden. Da halten wir ein Beratungszentrum vor Ort in Regionen, das sich vielleicht auch stärker an den Sozialräumen orientiert, für sehr vernünftig.

Wir befürchten auch, dass die zentrale Behörde – wir haben das auch in anderen Zusammenhängen leidvoll erfahren – den Verwaltungsaufwand manchmal steigert, schon allein durch die Wege, die da entstehen für Menschen, die dann zur Diagnostik müssen, entweder für die Eltern, die nicht dahin kommen – das ist schon gesagt worden – oder umgekehrt für die erfahrenen Sonderpädagogen – die aus unserer Sicht dann auch nur noch ein bisschen sehr einseitig tätig werden, wenn sie nur noch Diagnostik machen –, die ja auch irgendwie zum Kind in seiner Umgebung kommen müssen. Nichtsdestotrotz kann ich mir vorstellen, dass es durchaus anderer Lösungen bedarf, als wir sie jetzt haben, weil es nicht so ganz erklärlich ist, warum es in den letzten Jahren nicht zu verhindern war, dass die Bezirke so unterschiedlich sind, obwohl ihre Soziallage möglicherweise vergleichbar ist.

Aus der Erinnerung an das, was ich über die zehn Jahre in der heißen Phase der Schulversuche 1980 bis 1990, 1995 erlebt habe – dann kommt ein bisschen der Knick in unserer Entwicklung, das hat sicherlich auch etwas mit dem Zusammenwachsen der Stadt zu tun –: Sie brauchen für die Umsetzung der inklusiven Schule Zeit, ohne dass man politisch etwas aussitzt. Sie haben die Veränderung der Haltung beim Menschen. Sie haben an meiner Schule einen großen Zugang zur Inklusion, und trotzdem arbeiten wir auch mit den neuen Kollegen immer wieder an Haltungen. Immer an der Stelle, wo Lehrer überfordert sind, gehen sie in alte Verhaltensweisen zurück. Das ist wahrscheinlich auch menschlich.

Wir hatten als positives Element die Profilierung von Schulen über Nichtaussonderung. Wir konnten damit auch politisch punkten. Wir konnten bei Eltern in den sozialen Brennpunkten damit punkten, dass wir uns auf die Fahnen geschrieben haben: Wir sondern Kinder nicht aus. – Das ist kontraproduktiv zu der Entwicklung – auch wenn Sie den Übergang an die Oberschulen beobachten –, wie sensibel zurzeit mit der Notengebung hantiert wird. Da muss man noch mal sehr genau hingucken, inwieweit es sich widersprechende Strömungen gibt. Dieser enorme Druck auf Schulen mit Vergleichsarbeiten in Leistungsbereichen, der Druck auf uns, bestimmte Zensuren zu geben, damit bestimmte Schulen nachgefragt werden, das sind alles Dinge, die uns jetzt schon beschäftigen und wo wir wissen: Je inklusiver das System wird, umso mehr kommt das auf uns zu.

Ein weiterer Punkt, den ich noch erwähnen will, ist: Es verändert sich nicht nur der Unterricht. Unterricht muss sich verändern, aber es ist nicht nur der Unterricht. Man schafft es nicht damit. Sie haben eine ganze Form von Schulleben, die Sie mit abdecken müssen. Das ist vorhin schon ein bisschen angeklungen. Wenn Sie in der Schule Systeme schaffen wie schulsozialarbeitsbezogene Theaterarbeit oder ETEP, wenn es um Gewaltprävention geht, um Kinder, die in Gefahr sind, dann fangen Sie an, aus diesen Klassenraumkategorien zu denken. Dazu brauchen Sie genügend Ressource. Die Ressource, die wir momentan haben, fehlt immer am Kind in dem Klassenraum. Das muss man wissen – nicht immer unbedingt Sonderpädagogenstunden, aber zumindest hochqualifizierte Menschen. Ein Beispiel aus meiner Schule: Wir machen zurzeit in den Klassen 5 und 6 Erfahrungen mit der Werkpädagogik und auffälligen Kindern. Das macht der Sozialpädagoge sicherlich tausendmal besser als eine von meinen – ich sage jetzt mal vorurteilsbewusst zu den Grünen hin – Frauen. Nichtsdestotrotz ist das alles momentan nur Projektkultur. Das ist zusammengestoppelte Finanzierung. Das hat keine Nachhaltigkeit. Man muss einfach gucken, wie man so etwas auch im Vorfeld regelt, bevor Sie die Auflösung der Förderzentren wollen.

Sie haben die Ganztagschule eingerichtet. Die halte ich für einen guten Schritt in die Richtung, dass wir – ich komme aus einem sozialen Brennpunkt – in den Schulen viele Aufgaben nachholen müssen, die in den Elternhäusern nicht mehr passieren. Da kann man sich zehnmal hinsetzen und die Verantwortlichkeit dahinschieben, die kommt da nicht an. Das ist das, was in der letzten Broschüre, die ich gelesen habe – ich habe ihren Namen wieder vergessen –, als „Alltagsbildung“ benannt wurde. Der Begriff ist mir so eingängig gewesen. Es gibt Dinge, die lernen manche Kinder in der Familie – das reicht manchmal sogar bis zum Lesen –, und andere Dinge muss die Schule ganz kleinteilig aufbauen. Das heißt, Schulen in sozialen Brennpunkten haben ein mehrfaches Problem. Wir reden immer gern von Heterogenität, und sie sei so sinnvoll, und wenn wir jetzt Inklusion machten, hätten wir automatisch mehr Heterogenität und die Waffe gegen Aussonderung. Das funktioniert so nicht mehr in den sozialen Brennpunkten, weil Sie, wenn Sie eine andere Kategorie anlegen, überhaupt keine Heterogenität mehr haben. Sie haben einen großen Kreis von Menschen, die arbeitslos sind. Bildung hat viel mit Geld haben zu tun. Es hängt manchmal sogar mit einer BVG-Fahrkarte zusammen, ob ich zu dem Diagnosezentrum oder dem Erziehungsberatungszentrum komme oder

nicht. Das hat mit den verhaltensauffälligen, potenziellen Schulschwänzern oder schuldistanten Kindern zu tun. Davon haben Sie einfach mehr. Und wenn Sie die Heterogenität unter anderen Überschriften nicht mehr haben, fangen Klassenunterricht und Schulleben an, schwierig zu werden.

Wenn Sie sich angucken, wie stark Sie in den letzten Jahren – seit 1995 deutlich spürbar in meiner Schule – Lehrerstunden zusammengestrichen haben – Sie hatten offensichtlich unter den Schwierigkeiten dieser Stadt nicht genug Geld, aber Sie haben inzwischen ein Verhältnis an Schulen: Wenn ein paar Lehrer krank und die Erzieher alle gesund sind, dann regieren die schon die Gesamtkonferenzen. Das heißt, Sie haben ein System aufgebaut, wo Sie ganz viel auf Erzieher setzen und die Lehrer weitgehend über Unterricht und Beschulung die Inklusion tragen müssen. Das muss man noch mal bedenken. Teamarbeit ist da der Rahmen, Teamarbeit zum einen schulintern zwischen den Sonderpädagogen, den Erziehern und den Lehrern. Je mehr Sie einzelne Personen im Vergleich zu damals, als der Schulversuch lief, rausnehmen aus der Teamarbeit, funktioniert Teamarbeit nicht mehr so eindeutig. Wenn Leute keine gemeinsame Aufgabe haben, ist Teamarbeit ganz schwer. Sie ist ein Stück: gemeinsame Kinder haben und gemeinsame Kinder betreuen. Wenn Sie sich mal angucken: Wir haben im Schulversuch mit den geistig behinderten Kindern angefangen mit 18 plus 2, das berühmte Uckermark-Modell, und hatten zwölf Sonderpädagogenstunden drin. Dann waren noch andere behinderte Kinder drin. Sie kamen auf eine Doppelsteckung in der Schulanfangsphase. Da sind Sie momentan nicht mehr. Das heißt, wenn eine Doppelsteckung da ist, ist die Möglichkeit der Kommunikation natürlich eine ganz andere, als wenn Sie den 1 Komma noch was Sozialpädagogen aufteilen auf eine ganze kleine Schule. Dann fängt es an, kompliziert zu werden, in allen Teams gut mitzuarbeiten.

Sie haben den zweiten Teil – das ist inzwischen auch schon zu einer Teamarbeit geworden –, das sind die ganzen Kontakte, die Sie nach außen halten müssen in sozialen Brennpunkten. Ein wesentlicher Anteil meiner Schulleitertätigkeit und auch der meiner Lehrer ist, den Kontakt zu allen Stellen, zu allen freien Trägern, die sich da sternförmig immer um dieses Schulgebäude herumdrehen, zu halten. Da ist der Faktor Zeit ein wesentlicher.

Ich habe schon gesagt, der Modellversuch kann immer gut dafür herhalten, dass Inklusion machbar ist, auch noch mehr machbar ist, als es hier in Berlin der Fall ist. Die Beweise, dass alle Kinder gut gefördert werden oder wurden in den Klassen mit gemeinsamem Unterricht, muss man noch erbringen. Ob der Beweis tatsächlich zu erbringen ist unter den jetzigen Bedingungen – meine Vorredner haben es bezweifelt. Ich bezweifle es auch. Ich halte das, was wir in den letzten Jahren, seit 1995, an Abbau erleben, für einen Abbau von Qualität, wie ich mir inklusive Schule vorstelle.

Wir haben als Grundschulverband den Sprechern der Parteien – ich habe sie gestern oder vorgestern vorbeigebracht – eine Stellungnahme übermittelt. Ich werde sie über den Infoverteiler für den Grundschulverband auch heute Abend weiter vertreiben. Wir haben Vorschläge, Forderungen, Dinge, mit denen Sie sich noch mal beschäftigen sollen. Wir wollen Ihnen gern mit auf den Weg geben, was der Grundschulverband möchte. Nehmen Sie den jahrgangsübergreifenden Unterricht als gute pädagogische Reform, wie er zurzeit diskutiert wird und wie die Leute verzweifelt sind, als Lernbeispiel, dass das mit inklusiver Schule nicht passieren darf! Inklusive Schule ist nicht nur der Ortswechsel von Kindern und die Zuteilung von Sonderpädagogen an die Grundschule, sondern Sie müssen wissen, dass Begriffe wie „selbstständig lernen“ und „individuelle Förderung“, die wir so gern in den Mund nehmen, nicht einfach nur Forderungen sind und dass man das nicht, wenn man das einmal gelernt hat als Lehrer, die nächsten 25 Jahre unterrichten kann. Das hat immer etwas mit Beziehung zu Kindern zu tun. Bei den emotional-sozial auffälligen Kindern ist Beziehung meines Erachtens das Nonplusultra. Manchmal bin ich erstaunt, wie wenig didaktisch-methodisches Know-how geholfen hat. Allein die Zuwendung zu den Kindern über Jahre – nicht über Wochen, nicht über Tage, sondern manchmal über Jahre – hat geholfen.

Ich sage das immer wieder, weil ich ein besonders gebranntes Kind bin bei der Umverteilung der Horte an die Schulen: Berlin missachtet den dritten Pädagogen in weiten Bereichen. Das sind die Schulgebäude. Der Zustand, in dem viele Schulgebäude in der Innenstadt sind, entspricht nicht pädagogischen Anforderungen. Das entspricht schon der Ganztagschule nicht, und das entspricht noch weniger der Inklusion. Da haben Sie einen weitaus höheren Raumbedarf. – Das sind so ein bisschen meine Kritiken, weil eben auch in dem Gesamtkonzept noch nicht drin ist, was da wirklich passiert. Ich denke, Sie kommen um ein Sonderprogramm

„Schulbauten“ gar nicht mehr herum, weil Sie so einen Investitionsstau in dieser Stadt haben. Sie haben ja teilweise nicht mal die richtigen Turnhallen – auch ohne Inklusion. Mit Inklusion brauchen Sie noch ein bisschen mehr. Ich bitte ganz dringend, dass die von Ihnen, die gesagt haben, dass Sie in mehreren Ausschüssen sind, eine gute Verbindung und Vernetzung zur Jugendhilfe auf die Beine stellen, denn wir müssen es nach den vielen Jahren endlich lernen, am Wohl des Kindes orientiert die Maßnahmen gleichberechtigt zu besprechen. – Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

**Vorsitzende Christa Müller:** Vielen Dank, Frau Hirschmann! – Ich eröffne die Aussprache – wie bei so einem Tagesordnungspunkt üblich nach Fraktionsstärke. – Frau Dr. Tesch, bitte!

**Dr. Felicitas Tesch (SPD):** Danke schön, Frau Vorsitzende! – Ich bedanke mich auch sehr bei den Anzuhörenden. Es war sehr umfangreich, was Sie hier vorgetragen haben, und auch lehrreich an vielen Stellen, was wir da noch mitnehmen können. Ich begrüße es generell, dass das Konzept nun endlich da ist, dass es vorliegt – das ist erst mal sehr gut – und dass es im Grunde initiiert worden ist durch unseren, also den Antrag der Koalition. Mir ist wichtig, dass sich die Punkte, die wir in unserem Antrag formuliert haben, dann auch in dem Konzept wiederfinden.

Nur Frau Schaffrinna hat das gesagt. Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass wir von einer guten Ausgangslage ausgehen. Berlin ist Spitzenreiter, und wir sollten uns durchaus – bei aller Kritik, die notwendig ist – mal auf die Schulter klopfen und sagen: Innerhalb Deutschlands stehen wir super da mit dieser Ausgangslage von 42 Prozent, von der aus wir starten. – Das muss auch mal gesagt werden dürfen an dieser Stelle. Wir haben auch schon seit Jahren und mehreren Schulgesetzentwürfen immer die Integration vorrangig ins Schulgesetz hineingeschrieben. Ich persönlich – ich sage das hier auch sehr kritisch – habe es immer bedauerlich gefunden, dass es dann finanziell gedeckelt war. Aber es stand erst mal die Vorrangigkeit auch drin. Also: Das Konzept ist da, wir haben eine lange Darstellung der Ausgangslage. Aber es gibt, wie Sie das hier auch alle formuliert haben, Handlungsbedarf, über die eigentliche Integration hinauszugehen und zur Inklusion zu kommen, seitdem diese UN-Konvention unterzeichnet wurde.

Und dabei sind uns vor allen Dingen die Eckpunkte wichtig, die wir auch in unserem Antrag formuliert haben und die auch sehr oft von Ihnen in der Anhörung aufgegriffen wurden. Ich nenne erstens das Wahlrecht der Eltern. Es ist uns ganz wichtig, dass das auch bei einem inklusiven Gedanken weiterhin seine Berechtigung und Gewährleistung findet. Zweitens – das haben mehrere von Ihnen gesagt –: Worum geht es hier überhaupt? – Es geht um die optimale Förderung des einzelnen Kindes. Wir sollen jetzt nicht am grünen Tisch über ein Konzept reden, sei es nun didaktisch unterfüttert oder – was Frau Hirschmann eben sagte – mit der emotionalen Zuwendung. Es geht uns um das Kind an sich, und zwar in verschiedener Hinsicht: einmal mehr Potenziale auszuschöpfen, wie wir das auch in anderer Hinsicht haben – wir können doch noch mehr Schülerinnen und Schüler zu einem Schulabschluss bringen, davon bin ich fest überzeugt –, aber auch im Sinne des Wohles des Kindes zu handeln.

Deshalb wird der Fokus an dieser Stelle auf Lernen und Sprache gelegt. Wichtig ist uns auch, dass man all dieses behutsam umsetzt, dass man nicht par ordre de mufti beschließt: Ab morgen gibt es keine Förderzentren mehr! – oder so etwas, sondern es soll ein schrittweiser Abbau dieser Förderzentren zu Beratungs- und Kompetenzzentren sein. Überhaupt soll die ganze Einführung, über die wir sprechen, erst im Frühjahr 2012/2013 losgehen. Es ist alles noch in der Zukunft. Deswegen bleibt auch noch genug Spielraum, darüber zu diskutieren.

Mir ist es ganz wichtig, die Unterschiede in den Bezirke aufzuheben. Das ist von Herrn Komoß hier selbstkritisch angesprochen worden in dem Sinne, dass es in seinem Bezirk passiert ist. Das kann es nicht sein. Es ist von Ihnen oft kritisiert worden. Ob es nun deshalb unbedingt eine zentrale Stelle der Diagnostik geben muss, darüber kann man sicher diskutieren. Ich möchte auch die Kritik von Frau Schaffrinna durchaus ernst nehmen. Es ist auch wichtig, dass die Eltern miteinbezogen werden. Aber auf der anderen Seite bin ich doch der Meinung, dass ich von politischer Seite aus Interessenkonflikte hier gern vermeiden möchte. Die sind ja ganz offensichtlich da, wenn in den Bezirken so unterschiedliche Bedarfe errechnet werden.



Fazit: Das Konzept ist meiner Meinung nach ein erster wichtiger Schritt hin zu einer Inklusion. Es gibt bestimmt noch Diskussionsbedarf bei dieser behutsamen Umsetzung und vor allen Dingen auch – das wird man dann sehen, wenn man damit anfängt –, was die Ressourcen angeht. Man muss dann sicherlich von Jahr zu Jahr noch mal überdenken, wie weit da noch etwas reingegeben werden muss. – Ich danke Ihnen!

**Vorsitzende Christa Müller:** Vielen Dank, Frau Dr. Tesch! – Herr Steuer, bitte!

**Sascha Steuer (CDU):** Bevor ich zu den konkreten Fragen an die Anzuhörenden komme, würde ich gern nur zwei Dinge vorwegschicken: Wir alle empfinden einen Verbesserungsbedarf, den wir auch alle unterschrieben haben mit der Unterzeichnung der UN-Konvention. Aber die UN-Konvention fordert nicht, eine Struktur zu verändern, die am Ende die Situation für das einzelne Kind verschlechtert. Im Mittelpunkt unserer Bemühungen sollte vielmehr die Verbesserung der Situation für jedes einzelne Kind stehen, also das Kindeswohl, und jede Strukturveränderung, die das nicht im Blick hat, sondern die Situation verschlechtert, sollte schlichtweg unterbleiben. Es gibt weder einen kurzfristigen Handlungsdruck, noch ist das ein ideologisches Thema zwischen den hier sitzenden Parteien. Wir sollten parteiübergreifend das Kindeswohl im Auge behalten, bevor wir vorschnell in bekannte Auseinandersetzungsmuster zurückfallen. Um nicht missverstanden zu werden: Ich möchte jetzt nicht über JüL sprechen, aber die Erfahrungen, die wir dabei gemacht haben, könnte man ja bei dieser Reform miteinbeziehen – sehr zurückhaltend gesagt.

Meine konkreten Fragen: Herr Komoß! Wenn es nun diese Zentralstelle zur Diagnose geben soll, dann wird damit auch gesagt, Sie haben in Marzahn-Hellersdorf früher etwas diagnostiziert, was offensichtlich entweder nicht richtig ist oder jedenfalls nicht der wünschenswerten Linie entspricht. Haben Sie mal eine Analyse gemacht, wie es zu dieser großen Zahl von Diagnosen gekommen ist? Gibt es da fachliche Analysen? Kann man da etwas richtig oder falsch diagnostizieren?

An Herrn Heuel: Welche Rückmeldungen haben Sie von den Regelschulen über die Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die dort heute sind? Wie gehen die Regelschulen heute mit diesen Kindern um? Ich war gestern an einer Grundschule, da sagten die einen Lehrer, sie haben ein Kind mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der Klasse, um das sie sich recht und schlecht kümmern können. Aber eine Lehrerin sagte, sie hat drei Kinder in der Klasse, um die sie sich eigentlich gar nicht kümmern kann. Sprich: Die bleiben einfach zurück. Die bekommen keine besondere Förderung. Der eine Sonderpädagoge an dieser Schule war nicht in der Lage, in allen Klassen alle Kinder zu unterstützen, was die Frage aufwirft, wie die Umsetzung aller heutigen Sonderpädagogen an die Regelschulen zahlenmäßig aussieht? Zu wie viel Sonderpädagogen pro Schule führt das eigentlich? Nur wenn man das so macht, bliebe man kostenneutral. Wenn ich sage: Ich will an jeder Grundschule oder an jeder Sekundarschule soundso viele Sonderpädagogen haben –, bedeutet das zusätzliche Mittel. Offensichtlich stehen sich zwei Prinzipien gegenüber. In der Mitteilung – zur Kenntnisnahme – wird dieses Bremer Prinzip favorisiert, also der Gedanke: In allen Bezirken kann es nur eine ähnliche Anzahl von behinderten Kindern oder Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf geben. Es kann da gar keine großen Unterschiede geben. Insofern muss ich das eigentlich auch nicht diagnostizieren, sondern ich gebe einfach allen die Mittel, und die verteilen die dann relativ gleichmäßig, und dann funktioniert das schon. – Dem gegenüber steht das Rucksackprinzip, für das ich mehr Sympathien habe, nämlich den Förderbedarf des einzelnen Kindes festzustellen und zu sagen: Die Schule, an die dieses Kind geht, bekommt die zusätzlichen Mittel und nicht alle Schulen. – Ganz viel Angst habe ich bekommen, als ich gelesen habe, dass die Schulaufsicht die Mittel verteilen soll. Wir haben in den letzten Jahren erlebt, welche Kriterien der Verteilung von zusätzlichen Mitteln durch die Schulaufsicht zugrunde liegen. Manchmal glaube ich, die Abschaffung der Schulaufsicht wäre der bessere Weg, als denen noch zusätzliche Mittel zur freien Verfügung an die Hand zu geben. Nein! Die Mittel müssen an den Förderbedarf des einzelnen Kindes gekoppelt bleiben und dürfen nicht davon entkoppelt werden, sonst kommen sie an irgendeine Schule, aber nicht an die Schule und schon gar nicht zu dem einzelnen Kind, das diese Mittel braucht.

An Frau Gehret die Frage: Was müsste Ihrer Meinung nach an einer Regelschule organisiert werden, damit die Fachlichkeit, die Sie jetzt an Ihrer Schule haben, dort auch stattfindet? Wie müssten die Sonderpädagogen organisiert sein? Wie müssten Fortbildungen für die anderen Kollegen organisiert sein? Vielleicht können Sie noch etwas zu dem Thema Fachlichkeit sagen.

Erschreckend fand ich auch Ihre – jedenfalls erst mal überzeugende – Analyse der fachlichen Defizite der Mitteilung – zur Kenntnisnahme –. Ich möchte allerdings gleich die Frage an die Staatssekretärin weitergeben, wie solche Defizite passieren können. Wir reden immer über Kompetenz in der Schule. Offensichtlich kann die auch in der Senatsverwaltung nicht schaden. Das führt zu der Frage, warum so eine Mitteilung – zur Kenntnisnahme – ohne Beteiligung der Akteure erarbeitet wird. Das ist mir völlig unklar. – Frau Staatssekretärin! Die CDU-Fraktion hat zwei Fachgespräche zu dem Thema UN-Konvention gemacht, jeweils unter Teilnahme von 40 Akteuren aus dem Bereich. Viele sind heute auch hier. Auf der Grundlage dieser zwei Fachgespräche beruht beispielsweise unser Antrag. Ich muss ganz ehrlich zugeben: Ohne diese Beratung hätte ich so etwas gar nicht aufschreiben können. Wieso können Sie so etwas aufschreiben, ohne mit den Akteuren zu sprechen? Oder ist das die Erklärung dafür, dass es so viele fachliche Defizite gibt, von denen auch Frau Schaffrinna gesprochen hat, in dieser Mitteilung – zur Kenntnisnahme –? Gleich auch an Sie die Frage, Frau Schaffrinna: Wie viele Stellen werden Sie an Ihrer Schule verlieren, wenn diese Mitteilung – zur Kenntnisnahme – bei Ihnen Realität werden würde? Ein bisschen war es so, als es noch nicht JüL gab, sondern die flexible Schuleingangsstufe. Die war als Modellprojekt wesentlich besser ausgestattet, als es der Fall war, als es nachher in die Fläche ging. Es führt zu nichts, wenn man immer sagt, damals hat es gut funktioniert – so, wie man jetzt sagt, es funktioniert sehr gut an der Fläming-Schule. Das nützt nichts, wenn ich es nachher auf alle Schulen ausdehne, und die haben gar nicht denselben Standard, den Sie hatten. Wie viele Sonderpädagogen haben Sie an Ihrer Schule? Wie viele Fachrichtungen sind dadurch vertreten? Wie viele würden Sie verlieren, wenn diese Mitteilung – zur Kenntnisnahme – bei Ihnen umgesetzt werden müsste?

An Frau Hirschmann habe ich auch die Frage, die ich an Herrn Heuel gestellt habe: Welche Rückmeldungen bekommen Sie von den Grundschulen? Sagen die: Wir fühlen uns gut vorbereitet auf die Inklusion, unsere Lehrer können und wollen das alle und können auch heute schon allen Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf gut helfen? – ein bisschen überspitzt formuliert. Oder was hören Sie von denen? Sind Sie der Meinung, dass die Lehrer, die nicht Sonderpädagogik studiert haben – auch heute sind wir, glaube ich, einer Meinung, dass im Rahmen des normalen Lehramtsstudiums die Sonderpädagogik etwas zu kurz kommt –, fortgebildet werden können, um das zu leisten, was heute die Sonderpädagogen leisten, oder eher nicht?

An Frau Zinke bleiben noch wenige Fragen übrig. Sie sagen nur an einer Stelle oder an zwei Stellen etwas zum zieldifferenten Unterricht. Ist das aus Ihrer Sicht auch für das Gymnasium denkbar? Wie wäre das an einem Gymnasium umsetzbar? Oder wollen Sie da keinen zieldifferenten Unterricht? Ich kann mir das erst mal jedenfalls – mit den Mitteln schon gar nicht – nicht vorstellen. Aber wie ist das damit zu verbinden? Wie konnte es zu diesem Lapsus in der Mitteilung – zur Kenntnisnahme – kommen, dass Sie Sprachförderung als Ansatz im Rahmen der sonderpädagogischen Förderung verwenden und Ihnen hier erst erklärt werden muss, dass es dabei um zwei völlig unterschiedliche Dinge geht? Brauchen Sie fachliche Beratung in der Senatsverwaltung?

**Vorsitzende Christa Müller:** Danke, Herr Steuer! – Herr Mutlu ist jetzt dran.

**Özcan Mutlu** (Grüne): Ich bedanke mich auch bei den Anzuhörenden für die detaillierten und vertiefenden Einblicke in diese Konzeption, in dieses Gesamtkonzept. Wir bedauern zugleich, dass die betroffenen Verbände und Personen nicht im Vorfeld beteiligt gewesen sind und erst hier in der Anhörung in geringer Anzahl Gelegenheit bekommen, dazu Stellung zu nehmen. Wir haben vor über zwei Jahren, gleich nach der Ratifizierung der UN-Konvention im Bundestag, den Antrag gestellt, dass hier endlich die Inklusion umgesetzt wird. Wir freuen uns sicherlich darüber, dass dieser erste Schritt gemacht worden ist, aber bei näherer Betrachtung muss ich sagen: Das Glas ist halbvoll. – Das haben wir auch von den Anzuhörenden gehört. Es gibt Kritik in vielerlei Hinsicht. Daher müssen Sie unbedingt aus dieser Anhörung – da gucke ich genau in Ihre Richtung, Frau Dr. Tesch, weil Sie meinten, das sei eine lehrreiche Anhörung gewesen – etwas mitnehmen und als Regierungsfraktion zur Verbesserung dieser Konzeption beitragen. Sie sind ja nicht wie wir in der Opposition, wo uns diese Möglichkeit nicht gegeben ist. Noch sind Sie in der Regierung. Daher sollten Sie auch die verbleibende Zeit dazu nutzen.

Ich möchte Ihnen zwei Zahlen nennen: Als ich 1999 hier angefangen habe als Abgeordneter, hatten wir ca. 1 200, genau 1 202 Stellen, für 5 020 Schüler und Schülerinnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf. In diesem Schuljahr haben wir 8 900 Schüler und Schülerinnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf, aber

die Zahl der Stellen für diesen Bereich ist beziffert mit 1 284. Das heißt, obwohl fast eine Verdoppelung der Schülerzahlen stattgefunden hat, hat es kaum eine Veränderung in dem Stellenumfang gegeben. Das zeigt, wie prekär und schlimm die Situation ist. Immer wieder wurde zulasten der Qualität an den Förderstunden geschraubt – zum Nachteil der Schulen, die sich auf den Weg gemacht haben, Integration zu betreiben.

Auf der anderen Seite baut dieses Konzept darauf, dass Inklusion quasi die Integrationskinder jetzt in der Regelschule beinhalten soll. Dabei geht inklusive Schule weiter. Inklusive Schule ist mehr als nur sonderpädagogischer Förderbedarf. Ich würde gern auch eine Stellungnahme des Senats hören, wie er sich die inklusive Schule insgesamt vorstellt.

Die Kritik hinsichtlich der zentralen Diagnosezentren teilen wir, weil wir auch der Meinung sind, dass damit am Ende nur eine Statusfeststellung passiert, aber keine ernsthafte Diagnose folgen könnte, die den Kindern hilft. Wir sind auch der Meinung, dass in diesem Zusammenhang die Gymnasien berücksichtigt werden müssen. Herr Steuer hat das angesprochen, geht aber in eine andere Richtung. Wir fragen uns: Wie kann der Anspruch der Inklusion mit dem Probejahr und dem Sitzenbleiben z. B. an Gymnasien in Einklang gebracht werden? Das widerspricht sich. Inklusive Schule ist die Schule, die allen Kindern, egal ob sie Behinderungen haben oder leistungsschwach oder leistungsstark sind, die bestmögliche Bildung gibt. Es ist ein Widerspruch, wenn hier ausgesondert, segregiert wird, wie es bei der privilegierten Schulform Gymnasium der Fall ist.

Das Thema Raum wird auch in diesem Konzept kaum angesprochen. Man stellt zwar fest, dass diese Neukonzeption oder dieser Wechsel der Systeme natürlich auch andere Raumbedarfe erfordert, aber genauer beziffert wird nicht, was da passieren muss.

Man sagt, in der Schulentwicklungsplanung der nächsten Jahre würde das schrittweise berücksichtigt werden. Das ist meiner Meinung nach nicht ausreichend. Der Raum ist der dritte Pädagoge, wie Frau Hirschmann es gesagt hat, und wenn die räumlichen Voraussetzungen nicht geschaffen werden, kann das nur zulasten der Qualität gehen, und das können wir nicht gutheißen.

Auf der anderen Seite baut diese Konzeption darauf auf, dass der Wechsel von dem jetzigen System der Parallelität zweier Systeme hin zu einer inklusiven Schule kostenneutral geschieht. Da sind wir ganz anderer Meinung. Kostenneutral kann man solch einen Wechsel der Systeme nicht vornehmen. Langfristig mag das kostenneutral sein, wenn die Förderzentren sukzessive abgebaut und die Mittel umgeschichtet werden, aber für den Anfang, für die Umwandlung braucht man definitiv mehr Mittel, die zur Schaffung der räumlichen Voraussetzungen notwendig sind und um Schulen und Lehrpersonal mit Fort- und Weiterbildung für diese inklusive Schule vorzubereiten. Man kann nicht per Knopfdruck sagen: Ab morgen macht ihr Inklusion. – Das müssen die Lehrer können, und dafür müssen wir sie stärken und wappnen, und das alles kostet Geld, und aus dem Grund kann ich diese Rechnung, die in dem Konzept aufgestellt wird, die sogar am Ende zu einem Sparmodell ausartet – – Wenn man teilweise Förderzentren beibehält, spart man sogar eine Million. Ich frage mich, wie das alles, ohne dass die Qualität darunter leidet, möglich sein soll.

Ich würde an die Regierungskoalition appellieren: Wir haben heute sehr detaillierte Ausführungen von Betroffenen gehört. Nutzen Sie die Chance! Lassen Sie uns gemeinsam an einem Konzept arbeiten und es zu einem Konzept machen, das dem Anspruch der inklusiven Schule gerecht wird! Alles andere geht zulasten der Qualität, und Qualitätseinbußen braucht diese Schule nicht. Da haben wir genug Probleme.

**Vorsitzende Christa Müller:** Danke, Herr Mutlu! – Herr Zillich, bitte!

**Steffen Zillich** (Linksfraktion): Vielen Dank! – Vielen Dank auch den Anzuhörenden für ihre Beiträge! Ich will in meinem Beitrag kurz einleitend darstellen, welchen Status dieses Senatskonzept für mich hat. Ich denke, das ist ein Konzept, das wir erbeten – dafür gibt es einen Abgeordnetenhausauftrag –, und das wir zu diskutieren und zu bewerten haben. Insoweit ist das eine Diskussionsgrundlage. Hier ist fachlich aufgeschrieben worden, wie es aus Sicht des Senats gehen könnte, und das müssen wir bewerten. Bei meiner Herangehensweise – insofern bin ich mit Herrn Mutlu einig –, ist die Kostenrechnung, die da dran ist und der man – – Da müssen wir nichts Geheimes verraten: Sowohl der Prozess der Entstehung dieser Vorlage – – Man sieht es auch an der Vorlage. Die Finanzierungsrechnung, die da drin ist, ist nichts weiter als ein Kompromiss. Deswegen ist sie für mich auch nicht Grundlage dessen, was ich hier diskutiere, sondern für mich ist Grundlage: Was ist fachlich dort vorgesehen, und wie ist das zu bewerten? Ich bin auch nicht der Auffassung, dass Kostenneutralität als Voraussetzung für eine solche Umsteuerung formuliert werden darf.

Was sind eigentlich die Notwendigkeiten, oder was ist die Ausgangssituation, weshalb wir überhaupt darüber reden, dass wir uns auf eine inklusive Schule zubewegen wollen, weshalb wir solch eine Umsteuerung wollen? – Dafür gibt es meines Erachtens drei Momente. Das eine ist eine politische Voraussetzung, eine politische Setzung, eine politische Absicht, die meines Erachtens, zumindest bei mir und meiner Partei, besteht. Wir wollen eine Schule, die nicht ausliest. Wir wollen eine Schule, die sich tatsächlich zur Aufgabe stellt, allen Kindern, unabhängig von ihren persönlichen, gesundheitlichen und sozialen Leistungsvoraussetzungen zum bestmöglichen Lernerfolg zu verhelfen. Insofern entspricht die Forderung nach Inklusion einer solchen politischen Zielsetzung.

Der zweite Punkt ist die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung, mit dem Paradigmenwechsel, der darin enthalten ist, nämlich Menschen mit Behinderungen vor allen Dingen nicht anhand ihres Defizits, nicht als defizitär, sondern anhand ihres Teilhabeanspruches zu betrachten, nicht vorrangig über ein medizinisches Modell von Behinderung zu reden, sondern über ein soziales Modell von Teilhabeermöglichung.

Der dritte Punkt – Herr Mutlu hat es angesprochen. Ich bitte aber, diesen Punkt in der Debatte nicht zu vergessen – ist die Ausgangssituation, die wir in dieser Stadt haben, die eben so schön nicht ist, sondern wir haben mit der Finanzierung der Förderung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf eine Situation, die mit dem Doppelsystem und mit der Deckelung für den gemeinsamen Unterricht nicht in der Lage ist,

den gemeinsamen Unterricht zu verbreitern und zu verbessern. Wir müssen hier umsteuern. Wir müssen dieses Finanzierungsmodell ändern, damit wir da weiterkommen, denn im Moment wirkt es eher in der entgegengesetzten Tendenz und nicht den gemeinsamen Unterricht befördernd. Das war auch eine Motivation, weshalb wir gesagt haben: Senat, du musst hier etwas vorlegen! –, denn so, wie es jetzt ist, kann es nicht weitergehen.

Wenn man sich die Grundvoraussetzungen für einen solchen Umsteuerungsprozess ansieht, dann ist eine ganz klar: Maßstab für solch einen Prozess muss sein, dass Kinder dadurch nicht schlechter, sondern besser gefördert werden. Das ist eine ganz einfache Geschichte, das ist ein Maßstab, den man anlegen muss. Nun mag es sicherlich sein, dass es über die Frage, was eine bessere und was eine schlechtere Förderung ist, den einen oder anderen fachlichen Streit gibt, aber das wird nicht der entscheidende Streit sein. Wenn man erst mal ein Vertrauen darüber hergestellt hat, dass das die Motivation und die Ausgangssituation für die Debatte ist, die wir hier zu führen haben, dann ist es, glaube ich, ein ganz wichtiger Punkt. Ein ganz wichtiges Maß hat diese bessere Förderung natürlich auch, nämlich die Lernentwicklung der Kinder. Das ist ein ganz wichtiges Maß, weil die Frage steht: Wie kann denn tatsächlich an dieser Stelle Bildung funktionieren? Wie kann das Bildungssystem seine Aufgabe wahrnehmen?

Natürlich gibt es eine zweite Voraussetzung, die sich aus dem ergibt: Inklusion kann nicht so funktionieren, dass die Kinder von den Förderzentren auf die Regelschulen geschickt werden, sondern das erfordert eine sehr grundlegende Veränderung, einen Paradigmenwechsel. Ich habe das angesprochen. Es erfordert eine Veränderung im Selbstverständnis des Schulsystems und der einzelnen Schulen selbst. Da sind manche Schulen weiter, aber insgesamt sind wir noch nicht an einem Punkt, wo das die Ausgangssituation ist. Deswegen bedeutet Inklusion noch viel mehr als nur die Integration von Behinderten, sondern zum Selbstverständnis zum Herangehen an Kinder insgesamt, tatsächlich alle Kinder so anzunehmen, wie sie sind und jedes Kind individuell, unabhängig von den Voraussetzungen zum bestmöglichen Lernerfolg zu führen.

Dieser Paradigmenwechsel ist aber natürlich nicht einfach. Der braucht einen Rahmen und eine Zielsetzung. Er braucht Unterstützung für diese Umsteuerung, und es muss entsprechend eine Umsteuerung in den Rahmensetzungen auf die Zielkonflikte, die es da gibt, geben. Frau Hirschmann hat meines Erachtens völlig zu Recht auf die Widerstände hingewiesen, inwieweit ein Zensurendruck beim Übergang in eine weiterführende Schule eine solche Schulentwicklung befördert oder nicht. Ich finde, er befördert sie nicht, und das müssen wir wissen. Deswegen müssen wir auch beim Handeln der Schulverwaltung und bei politischer Rahmensetzung einen Paradigmenwechsel im Kopf haben.

Damit eine solche Veränderung funktionieren kann, verlangt es Diskussion und Überzeugung. Da ist dieses Vertrauen über ein gemeinsames Ziel ganz wichtig, aber es ist auch wichtig, dass man fachlich darüber diskutiert und bei Eltern Vertrauen erzeugt, dass es unter bestimmten Voraussetzungen, die man genau beschreiben kann, möglich ist, dass Kinder, die jetzt einen sonderpädagogischen Förderbedarf haben, gemeinsam mit anderen Kindern, die keinen haben, gut gefördert werden und andererseits das Vertrauen bei den Eltern, die vielleicht Angst davor haben, dass ihre Kinder mit Kindern mit Behinderung gemeinsam gefördert haben. Diese Diskussion und Überzeugung müssen wir hinbekommen, und da ist eines ganz klar, nämlich, dass wir damit umgehen müssen, und dass es ein Misstrauen gerade darin gibt, dass mit einem solchen Umsteuerungsprozess versprochene fachliche Standards bei der Ressourcenausstattung eingehalten werden. Das ist eine Voraussetzung, die wir erleben und die in gewisser Weise mit Erfahrungen begründet ist.

Ich sage jetzt mal relativ deutlich: Das, was in diesem Senatsteil zur Finanzierung beschrieben ist, erschließt sich mir zum Teil nicht. Das mag an mir liegen, aber ich glaube, dass man in jedem Fall weiter darüber reden muss, was tatsächlich notwendige Voraussetzungen sind.

Zu diesen Vorbemerkungen ergeben sich auch die Fragen. Zunächst mal eine grundsätzliche Frage. Dieses Senatskonzept geht ja davon aus, dass man die Förderschwerpunkte Lernen, Entwicklung, Sprache anders behandeln muss als die weiteren Förderschwerpunkte. Würden Sie diese Herangehensweise teilen, frage ich die Anzuhörenden, oder würden Sie die nicht teilen? Vielleicht können Sie das auch begründen.

Zum Zweiten: Für Lernverhalten, Sprache wollen wir von einer Statusdiagnostik absehen und auf eine Förderdiagnostik umstellen, also den Kindern keinen persönlichen Status mehr aufdrücken, sondern eine allgemeine Ausstattung des Schulsystems hinbekommen. Da sagt das Senatskonzept: Das machen wir am besten so, indem wir zwar im Grundsatz diese Umsteuerung vollziehen, also auf eine Statusdiagnostik verzichten, und alle Schulen so ausstatten, aber wir wollen noch Schulen auch für diese Förderschwerpunkte in den Regionen behalten – und begründet es mit dem Elternwahlrecht. Das sind zwei Phänomene, die meines Erachtens nicht der gleichen Logik entspringen. Entweder steuert man an dieser Stelle um, oder man steuert halb um. Wie sehen Sie diese Herangehensweise, einerseits im LES-Bereich auf Statusdiagnostik zu verzichten und andererseits doch noch Kindern in Förderschulen im Bereich LES aufzunehmen? Ich hätte gern nähere Aussagen darüber, was denn aus Ihrer Sicht die notwendigen Unterstützungssysteme darstellen müssten, die wir bräuchten, damit an der Regelschule hiermit umgegangen werden kann.

Zum Schluss habe ich noch eine Frage an Herrn Heuel. Ich habe mir Ihre Stellungnahme durchgelesen und an einem Punkt ist bei mir ein Widerspruch aufgetaucht. Sie beschreiben, dass gerade beim Förderschwerpunkt Lernen an den Förderschulen – Sie sagen: Die Kinder, die mit dem Förderschwerpunkt Lernen an den Förderschulen sind, seien andere als die Kinder, die im Bereich des gemeinsamen Unterrichts des Förderschwerpunkts Lernen, und das mache sich insbesondere am sozialen Status dieser Kinder deutlich. Sie kämen in der Regel aus ärmeren Familien. – Vielleicht ist das eine Verkürzung. Das können Sie dann darstellen. Sie scheinen mir in diesem Konzept den Schluss daraus zu ziehen, dass man besondere Schulen braucht, die mit Kindern, die besondere sozio-ökonomische Voraussetzungen haben, besser umgehen können und deswegen diese Förderschulen notwendig wären. Meine Reaktion darauf ist eher eine andere. Beschreibt diese in der Tat erschreckende Situation, dass man gerade an den Schulen mit dem Förderschwerpunkt Lernen, was die sozialen Voraussetzungen der Kinder betrifft, quasi Homogenität hat, also, dass fast alle aus armen Familien kommen, nicht eher die soziale Selektivität eines Schulsystems, das über Förderschulen verfügen kann?

**Vorsitzende Christa Müller:** Vielen Dank, Herr Zillich! – Frau Senftleben, bitte!

**Mieke Senftleben (FDP):** Vielen Dank! – Ich würde gern eine kurze Vorbemerkung machen. Ich verstehe die UN-Menschenrechtskonvention so, dass wir auch Strukturen verändern müssen und sollen, denn der Sinn dieser Menschenrechtskonvention ist doch, dass wir Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam unterrichten. Ich glaube, wenn wir dies ernst nehmen – und wir müssen es ernst nehmen, weil ein Recht auf Inklusion besteht –, müssen wir zu Veränderungen der Strukturen kommen. Es ist nur die Frage, unter welchen Bedingungen wir Strukturveränderungen durchführen und wie weit sie gehen müssen oder sollten.

Ich danke vorab für diese sehr ausführliche Debatte und will mich auf Fragen beschränken. Ich habe auch ein paar Fragen an Frau Zinke, mit denen ich anfangen möchte. Frau Zinke! Mich ärgert, dass Sie die Kompetenz, zum Beispiel der hier Anwesenden, jetzt nicht unbedingt persönlich, aber doch der Praktiker, der Verbände, nicht in dieses Konzept einbezogen haben. Ich meine, dass es unter Umständen Dinge gegeben hätte, die wir heute nicht unbedingt hätten nachfragen müssen. Die Frage ist: Warum vertrauen Sie den Experten zu wenig?

Sie haben einen aktuellen Prozentsatz der sonderpädagogischen Förderung 2008, 2009 von 7,42 genannt. Neue Zahlen sind noch nicht da. Müssen Sie nicht bei diesem Konzept von etwas realistischeren Zahlen ausgehen? Ist es seriös, wenn wir 2008, 2009 von 7,4 Prozent ausgehen, Sie jetzt aber mit einer Annahme von 6,5 Prozent rechnen? Dieses Statistikmaterial, das in diesem Inklusionskonzept enthalten ist, ist teilweise drei Jahre alt. Da auch die Frage: Wie belastbar ist das?

Jetzt habe ich Fragen an die Herren und Damen, die wir anhören. Zu den Globalsummen: Wir gehen davon aus, dass wir in jedem Bezirk ungefähr 6,5 Prozent Kinder mit Förderbedarf haben. Herr Komoß! Ich finde das Beispiel sehr gut dargestellt. Wenn wir von 60 000 auf 20 000 Schüler reduzieren und die Zahl der Förderbedürftigen konstant bleibt, muss man sich fragen, was eigentlich falsch gelaufen ist. Ich finde es sehr positiv, dass Sie in dem Bezirk dieses offensichtlich auch mit Erfolg oder zumindest sehr nachhaltig versuchen zu verändern. Brauchen wir da eine Globalsumme, oder müssen wir nicht individuelle Fördermaßnahmen, Schülerförderkonten einrichten, die das Ganze jeweils an die einzelne Schule verlagern, sodass die

jeweilige Schule flexibler und individueller mit diesem Budget, das dann zur Verfügung steht, umgehen kann, also, hin zu einer wirklichen Budgetierung, zu Schülerförderkonten, die dann ausgeweitet werden können, die auch dann flexibel abgefragt und abgerufen werden können? Das ist eigentlich das Essenzielle.

Ich bitte, Herrn Heuel, Frau Hirschmann und Frau Schaffrinna eine Einschätzung zum Elternwahlrecht zu geben. Wir haben eine Quote von 42 Prozent. Können Sie irgendwelche Aussagen machen, wie hoch der Anteil derjenigen an den Schulen sein würde, die eine inklusive Bildung anstatt einer Schule an einem Förderzentrum bevorzugen würden, wenn wir das Wahlrecht beließen? Darüber müssen wir uns, glaube ich, Gedanken machen.

Diagnostisches Zentrum, ja oder nein: Dass irgendwie diagnostiziert werden muss, ist klar. Das zeigt das Beispiel von Marzahn-Hellersdorf. Für mich ist nicht unbedingt wesentlich, ob zentral oder dezentral. Wir müssen eine andere Struktur finden, aber besonders wichtig finde ich eine Form von Unabhängigkeit dieser Struktur, dass wir mit Sonderpädagogen, Ärzten, Psychologen arbeiten, um eine wirkliche Diagnose erstellen zu können. Dazu würde ich gern Ihre Meinung hören.

Eine ganz pragmatische Frage: Fortbildung. Wir wissen bei der Fortbildung – wir haben nun ganz viele Reformen in dieser Stadt erlebt, manche haben sie auch erlitten –, dass das ein essenzielles Thema ist. Wir wissen: Ethik wurde eingeführt. Wir haben jetzt festgestellt, dass nur 161 Lehrer an der Fortbildung teilgenommen haben. Das ist auch eine merkwürdige Geschichte. Bildungsprogramm Kita, Erzieher, das Thema JüL ist vorhin zu Recht genannt worden. Sie haben es selbst in die Diskussion eingebracht, Frau Hirschmann. Das ist etwas, das gut oder vernünftig angedacht wurde. Als Modell hieß es: Wenn es irgendwo klappt, machen wir es für alle. – Aber die jeweilige Schule kam gar nicht hinterher. Was müssen wir also voraussetzen, wenn dieses Konzept umgesetzt werden soll, als Fort- und Weiterbildung für die Pädagogen? Welcher Zeitrahmen und welcher Umfang ist notwendig?

Jetzt bin ich beim Zeitrahmen: Es ist generell ein Zeitrahmen vorgegeben. Halten Sie den für realisierbar? Auch hier würde ich gern den Hinweis auf JüL geben.

Frau Schaffrinna! Sie sagten eben, Sie hätten Erfolg an Ihrer Schule, worüber ich mich sehr freue. Wie ist der messbar, denn Sie beobachten sicherlich nach der Grundschule, wie es weitergeht? Für mich ist eine wichtige Frage – die wird in dem Konzept eigentlich überhaupt nicht angesprochen –: Wie geht es in Klasse 7, 8, 9 und 10 weiter? Gibt es den MSA? Gibt es dort ein größeres Erfolgserlebnis als an den bisherigen Förderzentren? Da bitte ich insbesondere die drei Praktikerinnen, mir etwas dazu zu sagen. Ich halte es für problematisch, dass in diesem Konzept nichts dazu steht, wie es wirklich weitergeht. Wir haben die Grundschule ausführlich benannt, aber die Sekundarstufe I ist hier nicht erwähnt worden. – Danke!

**Vorsitzende Christa Müller:** Vielen Dank, Frau Senftleben! – Frau Jantzen, bitte!

**Elfi Jantzen** (Grüne): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vorweg: Ich verstehe die UN-Behindertenrechtskonvention so, wie es auch Frau Senftleben schon angedeutet hat, dass es darum geht, die uneingeschränkte Teilhabe der Menschen mit Behinderung in allen gesellschaftlichen Bereichen als Ziel zu verfolgen und irgendwann zu verwirklichen, möglichst in einem überschaubaren Rahmen. Für die Schule heißt das dann für mich auch: Die Kinder mit und ohne Behinderung – bleiben wir jetzt mal bei diesem Personenkreis – unabhängig von kultureller Herkunft und anderen Formen der Heterogenität sollen in der Schule, möglichst wohnortnah alle gemeinsam unterrichtet und individuell gut gefördert werden. Natürlich steht das Wohl des Kindes immer im Vordergrund. Das wird mit dem Konzept nicht so deutlich verfolgt, und das bedaure ich sehr.

Ich möchte kurz etwas zu dem Elternwahlrecht sagen. Ich hatte im letzten Jahr drei Mütter bei mir, deren Kinder in der Grundschule waren, verschiedene leichte Entwicklungsverzögerungen und -störungen hatten. Die Eltern wollten, dass die Kinder in der Regelschule bleiben. Die Kinder bekamen Bauchschmerzen, sie wollten nicht mehr hin. Sie wurden gehänselt usw. Das Ergebnis vieler Gespräche mit Schule und regionaler Schulleitung – das waren drei verschiedene Bezirke, drei verschiedene Schulen –: Alle drei Kinder sind zur Sonderschule übergegangen in Klasse 4, weil die Regelschule sich nicht in der Lage sah, die Kinder ange-

messen zu fördern. Die Schulaufsicht hat es auch nicht hinbekommen, dass angemessene Unterstützung da ist, und da kann ich Eltern gut verstehen, wenn sie sagen: Ich gebe mein Kind dahin, wo ich weiß, da geht es gern hin. Da sind Menschen, die sich um sie kümmern. – Das verstehe ich aber nicht unter Elternwahlrecht. Ich verstehe die Aufgabe, die der Senat hat und die wir als Abgeordnetenhaus auch haben, in der Tat so, dass wir gucken müssen, welche Unterstützungssysteme, welche personellen, räumlichen und sächlichen Ressourcen die Regelschule braucht, um dem Anspruch gerecht zu werden und dass Eltern – Herr Zillich hat es auch schon gesagt – das Vertrauen darin haben und dass es wirklich so ist, dass die Kinder dort die angemessene Förderung erfahren. Das Ziel steht ehrlich gesagt für mich noch nicht so in diesem Konzept. Es geht hier eher darum: Wir gucken mal und schieben rum –, und es geht wirklich nicht darum, Kinder oder auch Lehrer von den sonderpädagogischen Förderzentren umzuschichten. Da muss sich die ganze Haltung in den Schulen ändern. Es ist viel dazu gesagt worden, was das bedeutet.

Ich habe noch ein paar konkrete Fragen. Herr Heuel! Bei Ihnen habe ich einen Widerspruch aufgefunden. Sie bekennen sich eindeutig zur Inklusion, aber es läuft vieles darauf hinaus, dass Sie sagen: Okay, wir müssen aber die sonderpädagogischen Förderzentren erhalten. – Meine Frage ist: Welche Rolle spielen die für Sie? Könnten Sie sich vorstellen, dass es Schwerpunktschulen sind, die auch inklusiv arbeiten, weil sie Kinder ohne Behinderung integrieren, also dass sie ihre Rolle ändern? Ich erinnere daran, dass wir hier vor einem oder zwei Jahren eine Anhörung hatten, bei der die Kollegin aus Schleswig-Holstein dargestellt hat, wie sie die inklusive Schule verfolgen wollen, und die haben das klare Ziel gehabt: In zehn Jahren wollen wir keine sonderpädagogischen Förderzentren mehr haben. Die sollen sich zu Kompetenzzentren entwickeln, aber sie haben keine eigenen Schüler. – Ich gestehe, dass das die mir näher liegende Lösung zu sein scheint. Aber man kann Zwischenstufen finden.

Das Zweite ist die Frage der Diagnostik. Mir leuchtet ein und ich finde es richtig, dass zu der Diagnostik, wenn eine Kindumfeldanalyse da ist, und Behinderung ist keine Eigenschaft, die man per se hat, sondern das hat etwas mit dem Austausch mit der Umwelt zu tun – – Wenn eine Schule oder Kita gut ausgestattet ist, dann ist es für weniger Kinder nötig, den Stempel zu haben, um mehr Personal zu bekommen. Deswegen ist es klar, dass das eine Zuschreibung ist, die gemacht wird, und keine Eigenschaft, die in der Person selbst liegt. Das habe ich bis jetzt noch nicht verstanden, obwohl ich mich schon in der Vergangenheit viel darum gekümmert habe. Wird die Diagnostik eine in Richtung Lernförderung? Jedes Kind soll ja einen individuellen Förderplan haben, und der muss für Kinder mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen anders aussehen. Wie funktioniert das in der Praxis, und wie hängt das mit der Feststellung eines Förderbedarfs zusammen?

Das Nächste hängt auch damit zusammen. Herr Komoß! Sie haben gesagt, bei Ihnen sei in dem INKA-Modell eine Quote für eine pauschale Zuweisung für 6 Prozent der Kinder festgelegt worden. Das habe ich jedenfalls so verstanden. Ist das ungefähr die Zahl, wo die Schulen sagen: Okay, das ist die Quote, die wir tatsächlich haben –, oder müsste da eine andere Quote festgelegt werden?

An alle die Frage: Wir streiten bei uns auch immer darüber, ob es eine pauschale Zuweisung geben soll oder ob wir eine individuelle Zuweisung brauchen. Ist es vielleicht so, dass man für bestimmte Behinderungsarten erst mal eine Pauschale braucht und für Schwerstmehrfachbehinderte vielleicht eine Sonderausstattung? Was soll da bei der Zuweisung die Rolle spielen?

Eine Frage an die Senatsverwaltung: Es ist deutlich geworden, dass in dem Prozess der Erarbeitung dieses Konzepts die Menschen mit Behinderung und ihre Interessenvertretungen nicht angemessen berücksichtigt worden sind, wie es die UN-Behindertenrechtskonvention zuschreibt. Wie werden Sie mit den Stellungnahmen umgehen, die wir jetzt von den Anzuhörenden gehört haben, die aber auch noch anders zugeleitet wurden, wie von den Ärzten im öffentlichen Gesundheitsdienst und vom Elternzentrum? Wie werden Sie das in Ihrer weiteren Arbeit berücksichtigen? Gibt es noch eine Überarbeitung, oder bleibt das schlicht und einfach außen vor, was ich sehr bedauern würde?

**Vorsitzende Christa Müller:** Danke, Frau Jantzen! – Bevor Frau Harant das Wort bekommt, möchte ich Ihnen die weitere Redeliste vorlesen: Frau Dr. Barth, Herr Kohlmeier und Frau Scheeres stehen noch auf meiner Redeliste, die ich dann schließen möchte. – Frau Senftleben! Sie sind immer die Einzige, die zweimal spricht. – [Zuruf von Mieke Senftleben (FDP)] – Gut! Eine Frage. Ich hoffe, dass ich Sie nicht daran erin-



nern muss. – Damit ist die Redeliste geschlossen. Frau Zinke wird die an sie gestellten Fragen beantworten, und dann haben die Anzuhörenden noch mal das Wort zur Beantwortung der Fragen und zur Einschätzung der Gesamtsituation. – Frau Harant, bitte!

**Renate Harant (SPD):** Danke, Frau Vorsitzende! – Bei dieser Anhörung wurde sehr deutlich, dass das Konzept, das uns vorgelegt worden ist, nur eine Grundlage sein kann und dass die breite Diskussion gerade jetzt einsetzt. Dass das kein parteipolitisches Thema ist, das konnten wir, glaube ich, auch mitnehmen, sondern ein Thema, das außerordentlich anspruchsvoll ist und größter Sorgfalt bedarf. Das ist ein Thema, bei dem es klassisch heißen muss: Sorgfalt vor Geschwindigkeit. – Es geht nicht um ein Jahr früher oder später. Es geht darum, etwas Vernünftiges im Sinne der Kinder auf den Weg zu bringen. Darüber sind wir uns einig.

Wir haben von den Anzuhörenden gehört: Grundsätzlich wird das Ziel der inklusiven Schule begrüßt, aber es gibt Bedenken, Befürchtungen, Forderungen und auch Kritik. Es sind noch viele Fragen offen, das sehe ich genauso. Letztlich heißt es: Wie gehen wir mit einigen zentralen Themen um? – Das Elternwahlrecht wurde mehrfach angesprochen, und ich frage – obwohl es schon ein paar Mal bei den Beiträgen durchgeklungen ist –: Heißt Ihrer Meinung nach die bessere Lösung, dass man die Förderzentren letztlich auflöst, nicht von heute auf morgen, aber perspektivisch, und alle Kinder – und da möchte ich speziell die LES-Kinder unterscheiden – in die Regelschulen schickt? Ist das Ihrer Meinung nach für alle Kinder die beste Lösung, oder muss man doch unterscheiden – das kam auch bei einigen Beiträgen durch –, dass es Kinder gibt, die in den Förderzentren besser aufgehoben sind, vielleicht die schwierigeren Kinder? Vielleicht müssen die Förderzentren dann sogar anders strukturiert werden.

Aber wir wollen – das ist die Grundforderung – alle Kinder in eine gute Förderung geben. Also, Elternwahlrecht, alle Förderzentren auflösen oder Parallelstrukturen erhalten?

Zur Diagnostik und Aufhebung des Feststellungsverfahrens: Da gibt es große Sorgen bei den Sonderpädagogen, zumindest ist das bei mir angekommen. Warum werden Kinder ein, zwei Jahre in einer Regelschule mitlaufen gelassen, obwohl sie eigentlich Unterstützung bräuchten, und die kommt dann womöglich zu spät? Dazu hätte ich gern eine Stellungnahme aus der Praxis, ob es wirklich solche Fälle gibt oder ob das eigentlich nicht erheblich ist.

Zur Finanzierung wurde klar: Die Ausstattung erscheint vielen als nicht ausreichend. Die Zuweisung mit einer Quote ist ein Problem, vor allem, wenn ich höre, auch von Herrn Komoß, dass es Schulen gibt, die größere Probleme – soziale Brennpunkte –, soziale Probleme haben. Bekommen die dann eine andere Zuweisung und nach welchen Kriterien? In dem Konzept ist von Lernmittelbefreiten-Prozentzahlen die Rede. Wird auch das Thema nichtdeutsche Herkunftssprache eine Rolle spielen, wie es zum Beispiel in Neukölln gefordert wird, weil das eine besondere Lage ist, die auch zu berücksichtigen ist?

Wenn wir in der Lage wären, hier langsam, schrittweise, behutsam etwas auf den Weg zu bringen, wäre das eine Sache, wo alle mitarbeiten sollten. Ich hoffe sehr, dass wir ohne größere parteipolitische Auseinandersetzungen vorankommen. Aber ich sehe nicht, dass es eine Lösung gibt, die sehr schnell erfolgen kann.

**Vorsitzende Christa Müller:** Frau Dr. Barth, bitte!

**Dr. Margrit Barth** (Linksfraktion): Ich möchte mich auch bei Ihnen ganz herzlich für die Ausführungen bedanken! Ich will als Vorbemerkung noch mal darauf verweisen, dass es heute – Frau Jantzen sagte schon, dass wir schon einmal eine Anhörung hatten – die zweite Veranstaltung ist. Ich gehe davon aus, dass wir uns in der nächsten Zeit weiter mit diesem Thema befassen, das vorliegende Konzept noch detaillierter besprochen werden und damit in gewisser Weise die Ängste nehmen können, dass das eine schnelle Aktion wird. Ich glaube, wir sind uns alle darüber im Klaren, dass das sehr gründlich gemacht werden muss. Die Staatssekretärin kann nachher noch etwas zum Zeitplan sagen.

Auch wenn sich das Konzept auf Schule bezieht, darf man daran erinnern, dass wir in gewisser Weise schon die inklusive Kita haben, auch wenn es dort noch Probleme gibt. Wir haben dort zumindest die Situation, dass alle Kinder integrativ in der Kita sind und dass wir nicht mehr in dem Maße dieses zweigeteilte System haben. Das ist schon eine sehr gute Angelegenheit für Berlin. Da haben wir sehr viel erreicht.

Ich möchte auf den Punkt Schule zurückkommen. Man kann das Ganze nicht nur auf den individuellen Lernerfolg bei unseren Schülerinnen und Schülern reduzieren, sondern es geht um Persönlichkeitsentwicklung. Dabei müssen besonders Formen des sozialen Lernens eine Rolle spielen. Deswegen komme ich zu dem Schwerpunkt, der hier auch erfasst ist, Ganztagschule, ergänzende Förderung und Betreuung. Ich möchte die Anzuhörenden fragen, ob ihnen ad hoc einfällt, was in diesem Konzept grundsätzlich im Hinblick auf das, was nach Schule kommt, verändert werden muss. Wir haben in Berlin die zwei Formen der Ganztagschule, die offene und die gebundene Ganztagschule. In der gebundenen sieht es schon etwas anders aus, aber wenn ich an den offenen Ganztags denke, dann habe ich damit selbst ein großes Problem, wenn wir sagen, die verlässliche Halbtagsgrundschule ist eine kostenlose Betreuung von 7.30 Uhr bis 13.30 Uhr. Hier werden wir wahrscheinlich politisch noch Aufgaben haben, etwas zu verändern, denn hier sollten die Kinder die Möglichkeit haben, auch am Nachmittag an Formen des sozialen Lernens herangeführt zu werden, auch gerade die Kinder mit LES, die so oft benannt wurden.

Das zweite Problem, das ich habe: Auf Seite 34 ist eine hervorragende Grafik zur Verteilung des Förderungsschwerpunkts emotionale und soziale Entwicklung nach Bezirken dargestellt, und man findet die Aussage, dass die erheblichen Unterschiede nicht mit der sozialen Situation in den Bezirken erklärbar sind. Es wird die Begründung angegeben: siehe Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg. – Ich würde gern Ihre Meinung dazu hören.

Eine dritte Frage, die ich ganz konkret habe: Es wurde über Sprachförderung gesprochen. Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie darauf verwiesen und hoffentlich allen deutlich gemacht haben, dass die sonderpädagogische Sprachförderung eine große Bedeutung hat. In dem Konzept finde ich ganz vorn, dass die Konzentration der sonderpädagogischen Förderung im Bereich Sprache auf die ersten Jahre der Grundschule begrenzt werden soll. Auch dazu hätte ich gern Ihre Meinung. – Danke!

**Vorsitzende Christa Müller:** Herr Kohlmeier, bitte!

**Sven Kohlmeier (SPD):** Ich darf und möchte mich dem allgemeinen Dank anschließen, zunächst gegenüber der Bildungsverwaltung für die Vorlage dieses Papiers. Ich weiß nicht, ob man so mutig sein kann, es als Meilenstein zu bezeichnen. Jedenfalls ist es ein Papier, das ich in dieser Qualität in dem Hause selten gesehen habe. Gleichwohl gibt es Anlass zur Kritik, weil zumindest die Seitenzahlen im Inhaltsverzeichnis nicht ganz stimmen. Die müssten gegebenenfalls noch mal überarbeitet werden. Ich gehe aber davon aus, dass die Fußnoten stimmen. – [Zuruf] – Ich finde, man kann die Bildungsverwaltung durchaus mal für das loben, was hier zusammengetragen ist. Dass Sie das als Opposition nicht machen, ist klar.

Zweiter Dank an die Experten und Anzuhörenden des heutigen Tages. Ich stelle zumindest fest, dass es alle begrüßen, dass wir diesen Schritt gehen, auch wenn im Einzelfall bei diesem Thema unterschiedliche Auffassungen bestehen.

Meine erste Frage möchte ich mit einem Zitat beginnen, und zwar aus dem heutigen „Tagesspiegel“. Dort ist zu lesen, dass der Bildungspolitiker Steuer und der CDU-Fraktionsvorsitzende Henkel am gestrigen Tag gemeinsam die Richard-Keller-Schule besucht haben.

In der Richard-Keller-Schule sehen Henkel und Steuer eine Gruppe von sieben Jungen zu, die „Einkaufen“ spielen und dabei etwas rechnen lernen. Es sind Heimkinder, ihre Bedürfnisse an Förderung und Zuwendung sind, kurz gesagt, enorm. Diese Kinder auf normale Schulen zu schicken, um Sonderschulen zuschließen? Es gehe, sagt Henkel mit Blick auf die Senatspolitik, immer um dasselbe Problem: „Gleichmacherei funktioniert nicht.“

Meine erste Frage an die Anzuhörenden: Glauben Sie, dass Inklusion und das vorgelegte Konzept tatsächlich Gleichmacherei sei, oder folgen Sie mir in der Ansicht, dass zumindest die CDU als Oppositionspartei vielleicht den Weg nicht mitgehen möchte und ihn möglicherweise auch nicht ganz verstanden hat?

Meine zweite Frage, die ich an Sie richten möchte, geht auf eine Stellungnahme des Elternzentrums zurück, und zwar im Streit darüber, ob kleine oder größere Schulen besser für die Inklusion geeignet wären. Wie ist Ihre Meinung dazu?

Die nächste Frage ist bereits von diversen Personen hier nachgefragt worden, und zwar zur überbezirklichen Steuerung des Förderfeststellungsverfahrens. Wir haben von Herrn Stadtrat Komoß gehört, wie hoch der Anteil von Kindern mit Förderbedarf in Marzahn-Hellersdorf ist. Wenn man sich die Zahlen ansieht, stellt man fest, dass im gesamten Ostteil Berlins bei Schülern ein überdurchschnittlich hoher Förderbedarf, und zwar jeweils über 6,5 Prozent – das ist der Durchschnitt – festgestellt wird. Hier meine Frage an die Anzuhörenden: Wie erklären Sie sich dies? Kann es möglicherweise doch so sein, dass eine enge regionale Bindung bei der Feststellung des Förderbedarfes dazu führt, dass man eher geneigt ist, vielleicht auch historisch bedingt, den Förderbedarf festzustellen, oder kann nicht möglicherweise eine zentrale Stelle genau dieses Problem beheben? Der Großteil der Anzuhörenden hat sich gegen diese zentrale Stelle ausgesprochen, obwohl ich noch nicht gesehen habe, wie die zentrale Stelle dann organisiert sein soll. Auch da habe ich bisher nicht gelesen, dass alle Schüler und Eltern dann zu der zentralen Stelle fahren sollen. Möglicherweise ist sie bloß zentral organisiert, und es findet doch vor Ort statt. Deshalb meine Nachfrage, wie Sie sich erklären, dass der Förderbedarf im Ostteil der Stadt so hoch ist.

Zu dem Förderbedarf Lernen und der Pauschalierung, die in dem Konzept vorgesehen ist: Können Sie mir erklären, warum der Förderbedarf Lernen in Skandinavien überhaupt kein feststellungsfähiger Förderbedarf ist, möglicherweise die Pauschalierung, die hier angesetzt wurde, vielleicht doch ein Weg ist, zumindest für den Förderbedarf LES?

Letzte Anmerkung von mir zu der Finanzierung: Es ist vonseiten der Regierungskoalition schon mehrfach angeklungen. Auch ich bin durchaus skeptisch, ob – so, wie es in der Vorlage steht – eine kostenneutrale Umsetzung des Konzepts möglich ist. Ich halte es für ziemlich weitreichend, in einem inhaltlichen Konzept Aussagen zur Finanzierung zu machen. Es scheint so zu sein, dass es zumindest die Forderung des Finanzsenators war, dies hier mit hineinzunehmen. Ich glaube allen Ernstes, dass wir uns zusammen – da spreche ich auch die Opposition an – bei den Haushaltsberatungen genau anschauen müssen, ob das Konzept, das hier vorgelegt und diskutiert wird, mit den jetzt angedachten finanziellen Mitteln tatsächlich finanziert werden kann, also, ob eine Kostenneutralität möglich ist. Da ist die Aufforderung, die Bitte, und es muss meines Erachtens auch der Anspruch der Opposition sein, mit uns gemeinsam in den Haushaltsberatungen, wenn man feststellt, dass man mit den finanziellen Mitteln nicht klarkommt, für einen Mehrbedarf zu kämpfen. – Danke!

**Vorsitzende Christa Müller:** Frau Scheeres, bitte!

**Sandra Scheeres (SPD):** Ich wollte für die SPD-Fraktion noch mal deutlich sagen: Das ist ein Konzept. Das ist eine Diskussionsgrundlage für uns. Da stehen sehr viele positive Sachen drin, aber gibt eben auch einige Diskussionspunkte, die wir intern noch mal beraten müssen. Sie haben einige kritische Sachen angesprochen.

Ich möchte noch etwas zur Diagnostik sagen, in die Richtung, wie Herr Kohlmeier. Es ist ja nicht genau beschrieben, wie das stattfinden soll, sondern es soll eine neutrale Stelle sein. Wie es praktiziert werden soll, ist nicht klar. Hintergrund waren die ansteigenden Zahlen. Die Vernetzung und das Fachwissen, das vor Ort existiert, ist unheimlich wichtig, um einen Hilfeplan für ein Kind zu erarbeiten. Wie könnten Sie sich das praktisch vorstellen, einerseits eine neutrale Stelle, aber auf der anderen Seite das Fachwissen vor Ort einzubeziehen? Ich fände es schön, wenn Sie eine Idee hätten, die Sie uns mit auf den Weg geben könnten.

Zur Förderquote: In den Stellungnahmen steht, dass 6,5 Prozent absolut unrealistisch wären. Wo müsste sich das Ihrer Meinung nach einpendeln? – Danke!

**Vorsitzende Christa Müller:** Vielen Dank! – Jetzt hat Frau Senftleben Gelegenheit, ihre Frage loszuwerden.

**Mieke Senftleben (FDP):** Ich formuliere jetzt meine Frage, da wir bisher immer davon sprechen, dass die Integration in der Regelschule erfolgreich ist. Wir wissen auch, dass es durchaus Rücküberführungen von der Regelschule in die Förderschule gibt. Haben Sie irgendwelche Zahlen oder Prozente? Gibt es die? Was vor allen Dingen noch wichtiger ist: Können Sie Gründe dafür aufzeigen, dass manchmal oder, wie ich es gehört habe, etwas häufiger Kinder wieder von der Regelschule zurück in die Förderschule überwiesen werden?

**Vorsitzende Christa Müller:** Dann kann Frau Zinke jetzt die Fragen, die an den Senat gerichtet worden sind, beantworten. – Bitte, Frau Staatssekretärin!

**Staatssekretärin Claudia Zinke (SenBildWiss):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Es ist deutlich geworden, dass das das allgemeine Placet dafür ist, dass wir insgesamt für die Umsetzung dieses Konzepts eine Menge Zeit benötigen, hierbei im Wesentlichen das Wohl der Kinder im Vordergrund stehen muss, und dass es bei dem hohen Grad der Integration, den wir derzeit erreicht haben, in der Zukunft keinesfalls Verschlechterungen geben, sondern im Gegenteil, dieser hohe Prozentsatz von über 43 Prozent im Moment möglichst weiter ausgebaut werden soll. Das war der Ausgangspunkt der Anträge, die die Fraktionen gestellt und dem Senat aufgegeben haben, über ein Konzept zur Inklusion nachzudenken.

Es ist keine leichte Aufgabe, über ein Konzept zu dieser schwierigen Themenstellung nachzudenken, wenn es andererseits Aufgabe ist, stets bei allem eine Kostendeckelung einzuhalten. Deshalb haben wir sehr viel Zeit benötigt, bis wir dem Abgeordnetenhaus dieses Konzept vorlegen konnten. Nun befindet sich in diesem Konzept auch ein großer Zahlenteil, der zwischen zwei Verwaltungen abgestimmt ist, die im Moment unter dem Diktum der Kostenneutralität stehen. Deshalb sieht die Vorlage so aus, wie sie aussieht.

Ich will mich bei meiner Stellungnahme und Einlassung nur auf die derzeitige Ist-Situation beschränken, denn die müssen wir uns auch alle vor Augen führen. Wir haben eine gedeckelte Stundenausstattung für den Bereich der Integration, die wir an die Grund- und weiterführenden Schulen weitergeben können. Das sind im Moment 1 284 Vollzeitäquivalente, und mit diesem Volumen müssen die Schulen, die Integration machen, auskommen. Das ist ein großes Problem, weil andererseits alle das Interesse daran haben, dass der Anteil an inklusiver Beschulung steigt. Deshalb sind es in der Tat zwei widersprüchliche Dinge, wenn man sagt: Wir wollen, dass dieser Anteil weiter steigt, wir halten aber die Stundenausstattung dafür gedeckelt. Solch ein Konzept – das sind die Herangehensweisen der vielen Menschen, die schon seit Jahren dafür Konzepte vorgelegt haben – kann nur so funktionieren, dass die dann nicht mehr benötigten Kapazitäten aus sonderpädagogischen Förderzentren verteilt werden. Das ist die Grundlage des Konzepts. Immerhin ist jetzt auch festgestellt worden, dass das, was an Ausstattung zum Schuljahr 2008/2009 erreicht war, und zwar sowohl die Kapazität, die wir an die Schulen für Integration geben können, als auch die Kapazität, die an den sonderpädagogischen Förderzentren vorhanden ist, Grundlage für die gesamte weitere Verteilung ist.

Bisher läuft es so, dass die sinkenden Schülerzahlen an sonderpädagogischen Förderzentren dafür sorgen, dass weitere Kapazität an Lehrkraftvolumina verloren geht, weil wir sie eben nicht umverteilen können, wenn in der Integration der Anteil der Schüler steigt. Diese Systematik muss durchbrochen werden, denn sonst werden wir den Bedürfnissen dieser Stadt und dieser Schülerschaft nicht gerecht. Das haben wir mit diesem Konzept versucht, und die weitere große Frage: Was ist mit den baulichen Voraussetzungen, die bei so einem Konzept auch bedacht werden müssen? – ist durch dieses Konzept nicht gelöst, sondern weist diese Frage den weiteren bezirklichen Schulentwicklungsplänen zu. Das ist in der Tat eine Aufgabe, die sehr wachsam begleitet werden muss. Es muss gefragt werden, was möglich ist und was nicht. Wenn man da an bestimmte Grenzen stößt, was nicht möglich ist, dann muss man sich die Gesamtfrage noch mal unter diesem Blickwinkel neu stellen.

Zu den weiteren Fragen, die Herr Steuer gestellt hat und die von Frau Gehret aufgeworfen wurden, würden Frau Kern und Herr Pieper Stellung nehmen, wenn es möglich ist.

**Vorsitzende Christa Müller:** Bitte!

**Hannelore Kern** (SenBildWiss): Ich würde gern noch mal auf das Zustandekommen dieses Konzeptes zu sprechen kommen und welche Fachkräfte daran beteiligt waren, denn das ist, glaube ich, wesentlich. Es sind leider nicht die fünf als Experten angehörten Personen anwesend gewesen, aber waren wohl Fachkräfte aus der Schulpraxis anwesend, nämlich sowohl Lehrkräfte als auch Schulleiterinnen und Schulleiter aus allgemeinbildenden Schulen, Grundschulen, weiterführenden Schulen, selbstverständlich auch aus Förderzentren. Es waren Menschen aus der Universität, aus den Seminaren sowohl der Sonderpädagogik als auch der Allgemeinpädagogik anwesend, denn ein Inklusionskonzept ist kein Konzept der Sonderpädagogik, sondern ein Konzept, das vor allen Dingen in den allgemeinen Schulen mit wesentlicher fachlicher Unterstützung der sonderpädagogischen Fachkräfte umgesetzt werden soll. Insofern ist es nicht so, dass ich an meinem Schreibtisch gesessen und das vielleicht allein mit zwei, drei Mitarbeitern erstellt hätte.

Das Konzept – das ist von einigen Rednern schon gesagt worden – ist ein Gesamtkonzept. Es erfüllt nicht den Anspruch, für irgendeine sonderpädagogische Fachrichtung eine ausführliche fachliche Definition zu geben. Es erweckt aus meiner Sicht auch nicht den Anschein, auch nicht für den Bereich Sprache. Für die drei Bereiche Lernen, Sprache, emotional-soziale Entwicklung ist nur ein relativ kurzer Aufriss der Problematik der Definition dargestellt worden. Wenn ich auf den Bereich Sprache zu sprechen komme, weil dem hier so ausführlich gewidmet worden ist, wird dargestellt, dass Sprache – Sprachentwicklung, Sprachentwicklungsverzögerungen und sonderpädagogischer Förderbedarf Sprache – zum Teil gleitende Definitionen sind und dass es wichtig ist, früh zu beginnen, um festzustellen, Kindern in ihrer Sprachentwicklung zu fördern und zu unterstützen. Das wird hier dargestellt mit der vorschulischen Sprachförderung, mit der Diagnostik, die wohl durch Sonderpädagogen aus dem Bereich Sprache in der vorschulischen Sprachförderung erfolgt, und dass es dann wichtig ist, bevor – und nur das sagt dieser Text aus – Lehrkräfte sonderpädagogischen Förderbedarf für Kinder im Bereich Sprache beantragen, zu klären ist, dass mögliche und erforderliche Sprachfördermaßnahmen – da ist aufgezählt worden, welche das in der Berliner Schule schon sind – wahrgenommen worden sind und nicht immer sofort der Ruf ist: Ein Kind hat ein Problem. Also, gucken wir mal,

ob es sonderpädagogischen Förderbedarf hat –, denn dazwischen gibt es noch eine große Bandbreite der Fördermöglichkeiten und -notwendigkeiten. Vielleicht das erst mal zu diesem Bereich.

Ich hätte auch noch einiges zur zentralen Diagnostik zu sagen: Selbstverständlich müssen nicht alle Leute zu einer Stelle hin. Das ist eine zentral geführte Stelle, die sehr eng mit den Beratungs- und Unterstützungszentren in den Regionen kooperiert, sozusagen aus dem Beratungs- und Unterstützungszentren in den Regionen, die Erstberatungen vornehmen, die bei Problemen gucken, dass die Sonderpädagogen in den Regionen tätig werden. Nur in dem Moment, wo gesagt wird: Jetzt muss doch ein Feststellungsverfahren durchgeführt werden –, wird die Stelle tätig, die fremd diagnostiziert, um die Trennung von Diagnose und Ausführung der Maßnahme vorzunehmen. Nachdem die Diagnose, die selbstverständlich vor Ort stattfindet, denn eine Diagnose muss ein Kind in seiner Lebens- und Unterrichtssituation beobachten, geht das Feststellungsgutachten wieder in das regionale Beratungs- und Unterstützungszentrum, und dort wird die Umsetzung der Maßnahme fachlich und pädagogisch begleitet. – Das vielleicht in der Kürze. Ich hätte auch zu vielen anderen Punkten noch etwas zu sagen, aber die Zeit reicht, glaube ich, nicht.

**Vorsitzende Christa Müller:** Vielen Dank! – Dann kommen wir zur Rückrunde. Meine Herren und Damen! Sie sehen die fortgeschrittene Zeit, aber das ist sicher auch durch die Problematik dieser Thematik bedingt. Ich bitte Sie, die Fragen in gebotener Kürze zu beantworten und Ihren Eindruck zu vermitteln. – Frau Hirschmann, bitte!

**Inge Hirschmann** (Grundschulverband Berlin): Zum einen würde ich gern noch mal auf Sie eingehen, Herr Steuer. Die Vorstellung, dass wir die Kinder alle mit einem Sonderpädagogen, egal nach welcher Stundenzahl versorgen, würde ich heute gern aus dem Raum nehmen. Ich brauche an der Schule ganz viel Fachkompetenz. Ich brauche sie in Mathe, in Englisch, aber ich brauche sie nicht in jeder Klasse, in jedem Moment in der Schule, sondern sie muss über die Fachkonferenzen und über die Professionalisierung der Leute im Kollegium laufen. Es muss allerdings eine Anzahl von Sonderpädagogen mit möglichst breit gefächertem, besonderem Wissen da sein. Dann können Sie darauf vertrauen, dass, wenn die Sonderpädagogen Teil eines Kollegiums sind, Sie Entwicklung haben. Ich sage das, weil gerade der Vergleich zu JüL heute oft gekommen ist, und ich finde ihn auch sehr wichtig, weil man aus diesen ganzen JüL-Diskussionen lernen kann: JüL scheitert an der Stelle, wo Lehrer Abteilungsunterricht machen. Wenn wir die Abteilung in Behinderte, Migranten, Arme und sonst was machen, kann es nicht funktionieren, sondern wir müssen die gesamte Pädagogik in den Schulen verändern. Das ist ein Prozess. Da muss man auch nicht unendlich warten. Der läuft auch, während man es tut, wenn man seine Unterstützung hat. Auch wir haben nicht mit 100 angefangen, wir hätten auch am Anfang keinen Jakob-Muth-Preis bekommen. Wir haben uns an anderen Schulen orientiert. Es gab schon ein paar, die weiter waren. Das funktioniert schon. Ich sage allerdings: Der Faktor, den Sie hier alle im Kopf haben, hat sicherlich damit zu tun, dass beim Finanzsenator nur so gerechnet wird. Der Faktor 6 Prozent auf eine Jahrgangsstufe ist weitaus zu niedrig. Wir haben an unserer Schule eine gute Leistung vollbracht, was Gewaltprävention und Kinder integrativ zu beschulen angeht. Wir haben einige wenige Fälle – da gebe ich Ihnen recht –, mit denen wir nicht klargekommen sind. Aber wir gehen davon aus – an meiner Schule ist eine Mischung, eine gewisse Heterogenität da –, dass wir 9 bis 10 Prozent haben. Ich weiß nicht, was an Schulen los ist, die inzwischen ganz homogen sind, wo kaum noch einer die Bücher bezahlen kann. Das muss man sich dann genauer ansehen.

Wir berühren immer wieder die ganzen Schäden – Herr Böger hat das mal als Bremsspuren bezeichnet – der Sparpolitik. Wir berühren immer wieder diese Themen, wenn wir das ganze System ansehen. Dann kann man nicht alles der Inklusion zuschieben und sagen: Die müssen es finanzieren und die müssen jetzt mit den vielen Mitteln reinkommen. – Ich würde an mancher Stelle, zum Beispiel bei der Schulsozialarbeit – die Frage war auch, wie der Ganztags organisiert ist – den sozialpädagogischen Leistungen nicht so sehr hinterherrennen, wenn ich sie noch hätte wie früher. Da müsste ich gar nicht extra Maßnahmen beantragen. Jetzt bin ich froh, dass wir die Stützerzieherinnen noch in großem Maß an den Schulen haben und dass der Nachmittag, zumindest, was die Versorgung von behinderten Kindern angeht, im Ganztags relativ gut ist. Dennoch sind die Probleme Klasse 5 und 6. Das ist aber kein Inklusionsproblem, sondern ein Problem, wie die Reform 2004 weiterverfolgt wurde.

Zur Frage – die fand ich auch interessant, Herr Steuer –, wie der Grundschulverband die Inklusion sieht: Wir haben die Leute auf unserer Seite, die seit 20 oder 25 Jahren reformpädagogisch gearbeitet haben. Da sitzen die Befürworter. Da sitzen die, die sich verändert haben vom Frontalunterricht zu mehr Differenzierung. Da finden Sie die Leute, die das wollen und die das teilweise auch noch tun, obwohl sie das Gefühl haben, sie werden nicht mehr allen Kindern gerecht. Sie haben da sicherlich die Anstrengungsbereitschaft.

Zum Elternwahlrecht: Ich habe es, ehrlich gestanden, nicht verstanden, wenn man ohne Statusdiagnostik Kinder aufnimmt, wo da die Chance des Elternwahlrechts ist. Deshalb kann ich nicht viel dazu sagen.

Wir haben eher einen Run auf unsere Schule, wenn an anderen Schulen die Bedrohung im Raum steht: Hätte an eines der Förderzentren gemusst. Insofern wurde auch relativ großzügig in unserem Bezirk, also auch von unserer Schulaufsicht, nach Lösungen gesucht. Bisweilen wurde geguckt, wo noch Plätze frei sind.

Diese Unterstützersysteme sind allein eine Sitzung wert, weil Sie im Prinzip zu viele Themen gleichzeitig behandeln müssen. Sie und ich tippen alles nur an. Die Unterstützersysteme sind für mich ganz entscheidend, weil man hingucken muss, dass die Schule das Problem der gemeinsamen Beschulung eigentlich gar nicht alleine hinbekommt. Meine Idealvorstellung ist natürlich die – ich nenne jetzt den abgegriffenen Begriff – von einem Runden Tisch, wie ich es von Schweden hörte. Dort setzen sich die Leute in der Gemeinde an einen Tisch und versuchen, das beizutragen, was sie beitragen können, der Schulträger, das Jugendamt und irgendwelchen medizinischen Abteilungen, wenn es notwendig ist. Das ist bei uns – auch durch die Abschaffung der Förderausschüsse – ein bisschen verlorengegangen. Im Förderausschuss waren solche Dinge tendenziell enthalten, zum Beispiel, das jeder noch mal einzeln bedacht hat, was gerade auf diesen Fall zutreffen könnte.

Nichtsdestotrotz: Diese Runden Tische können sich nicht pausenlos treffen; eine Basisversorgung muss da sein. Ich bitte Sie dringend, irgendwoher Mittel zu holen und uns hier nicht hinausgehen zu lassen und zu sagen, dass Sie das immer alles kostenneutral hinbekommen müssen. Sie bekommen, wenn Sie das kostenneutral machen, nicht die Qualität, die Sie eigentlich haben wollen. Sie bekommen Schule, denn Schule funktioniert auch unter schlechten Bedingungen, aber sie funktioniert eben nicht gut. Die Risikokinder, die wir produzieren, dass PISA nicht besser wird, hat ein bisschen auch damit zu tun. – Ich will nicht immer nach dem Geld rufen. Haltung und Engagement bei Lehrern sind sehr wichtig, aber ohne Geld geht es auch nicht.

**Vorsitzende Christa Müller:** Vielen Dank, Frau Hirschmann! – Bitte, Frau Schaffrinna, Sie haben das Wort!

**Rita Schaffrinna** (Fläming-Grundschule): Herr Steuer! Sie fragten, wie viele Sonderpädagogen an unserer Schule in welchen Fachrichtungen tätig sind und um wie viele Stellen ich Angst haben müsse, sie zu verlieren. – Wir haben an unserer Schule derzeit acht Sonderpädagoginnen und -pädagogen, mit den Fachrichtungen Sprache, Lernen, emotionale, soziale Entwicklung und geistige Behinderungen, die wir brauchen – das ist eine vierzügige Schule mit knapp 600 Kindern –, um unsere Arbeit, die national und international beachtet wird, fortführen zu können. Wir werden von Fachleuten aus Universitäten, Schulen, Facherzieher Schulen, Heilschulen, von Beamten des Ministeriums, auch von anderen Ländern, Verbänden und Politikern besucht. – [Zuruf] – Entschuldigung, minus zwei! Darum hätte ich Angst.

Frau Senftleben! Sie fragten, wie es in den Klassen 7, 8 und 9, in der Sekundarstufe I weitergeht. – Unsere Schule hat eine Kooperation mit der weiterführenden Sophie-Scholl-Schule geschlossen, an der die Kinder mit Behinderung – nicht alle, aber doch viele Kinder, gerade auch mit Behinderungsformen, die jetzt hier besonders im Fokus stehen – Lernen, emotional-soziale Entwicklung oder Sprache –, weitergeführt werden können. Ich muss aber sagen, dass eine Lernbehinderung, wenn sie richtig und deutlich diagnostiziert ist, nicht weggeht, da macht ein Kind keinen MSA, das bleibt zielfferent. Das ist manchmal ein Irrglaube: Wenn ein Kind eine allgemeinbildende Schule besucht, dann wird das schon mal irgendwie gesund. Das geht nicht! Wenn ein Kind eine tatsächliche Behinderung hat, dann ist das etwas sehr Ernsthaftes.

Weiterhin gehen die Kinder in Förderzentren, aber das betrifft insbesondere die Kinder mit den Förderschwerpunkten geistige Entwicklung, Autismus oder/und Schwermehrfachbehinderung, soweit sich die Eltern nicht dazu entscheiden, ihre Kinder an der Sophie-Scholl-Schule beschulen zu lassen.

Die Rücküberweisung an die Förderschule kommt vor, aber an unserer Schule nicht in den Bereichen Lernen, emotional-sozial oder Sprache. Das kann schon einmal passieren, wenn Eltern sich im Hinblick auf den Übergang zu einer weiterführenden Schule schon einmal orientieren, ein Kind mit geistiger Behinderung haben und gern möchten, dass das Kind einen fließenden Übergang hat.



Sie fragten nach dem Elternwahlrecht, wie hoch die Quote sein wird. – Das weiß ich nicht, das kann ich nicht sagen. Vielleicht müssen Sie dann eine Evaluation machen – ich weiß es nicht.

Ich weiß nur, dass es manchmal Eltern gibt, die sich den Anforderungen, die derzeit an sie gestellt werden – zum Beispiel therapeutische Besuche am Nachmittag –, nicht gewachsen fühlen, sodass manche Eltern dann die Förderzentren bevorzugen.

Zum Diagnosezentrum: In Tempelhof-Schöneberg werden ausführliche Gutachten erstellt. Dazu wird eine gründliche Anamnese durchgeführt, alle Unterstützungssysteme sind eingebunden, Helferkonferenzen finden statt. Das ist ein Punkt, den ich noch einmal in die Runde geben möchte, denn es kam von verschiedenen Damen und Herren mehrfach zur Sprache: Der Interessenkonflikt wurde im Grunde dafür benannt, dass man eine zentrale Förderdiagnostikstelle bestellt. Ich sagen Ihnen: Lesen Sie bitte dieselbe Grafik! Sie besagt, dass wir – auch für meinen Bezirk, ich kann immer nur für das sprechen, was ich weiß und woher ich komme – eine Förderquote von 4,26 Prozent haben. Da kann man diesen Interessenkonflikt nicht ausmachen. Ich bitte Sie, sich diese Grafik genau anzugucken und festzustellen, dass das Einzelfälle sind. Das wurde hier mehrfach gesagt, und ich möchte immer wieder antworten: Das sind Einzelfälle.

Frau Harant! Sie sprachen die Prävention an. – Ich habe mich dazu schon deutlich geäußert, denn ansonsten wäre es für manche Kinder zu spät. Wichtig ist, wenn wir uns die Präambel anschauen, dass Behinderung in der Wechselwirkung von individuellen Beeinträchtigungen und gesellschaftlichen Barrieren entsteht, und dann kann dies zutreffen. Es gibt im XII. Sozialgesetzbuch den § 53, in dem es heißt: „von Behinderung bedroht.“ Es geht darum, eine Manifestierung einer sozialen Behinderung abzuwenden. Das ist auch das, worüber wir bei dem Förderaspekt Lernen sprechen, das ist in vielen Fällen eine soziale Behinderung oder Verhinderung – nennen Sie es, wie Sie wollen –, wenn die Gesellschaft die kompensatorischen Unterstützungssysteme bereitstellt, dass diese Kinder trotz mangelnder Unterstützung in ihrem Elternhaus gehoben und dahin gebracht werden, ihre Potenzen ausschöpfen zu können. – Na, wunderbar, so ist es gefordert! – Dann liegt aber auch nicht wirklich eine Lernbehinderung vor, sondern eine -verhinderung.

Herr Zillich! Sie haben gefragt, wie sieht es aus, Lernen, emotionale-soziale Entwicklung und Sprache, ist das ein Weg ? – Ich denke, in der Konzeption ist ausgewiesen, dass das der Beginn für ein weiteres Fortschreiten auf dem Weg ist, um die Inklusion insgesamt noch weiter voranzubringen.

Weiterhin fragten Sie nach den notwendigen Unterstützungssystemen. – Wichtig ist eine administrative Sicherheit. Die administrative Sicherheit bedeutet eine verlässliche Ressource, etwas, worum ich nicht heute bangen muss, dass es morgen nicht da ist oder weggenommen werden kann. Das ist ganz wichtig! Sicherheit bietet etwas, die brauchen Sie auch und die brauchen alle Kinder. Sicherheit brauchen diejenigen, die in einer Institution arbeiten, denn sie müssen wissen, dass sie auch morgen ihre Arbeit noch weiter fortführen können, denn nur so können sie eine Sicherheit für ihr Klientel ausstrahlen. Das ist nichts, was einfach im luftleeren Raum passiert, sondern wir transportieren diese Nervositäten weiter.

Wichtig ist auch der Bereich Unterricht. – Frau Hirschmann hat vorhin sehr deutlich dazu Stellung bezogen. – Da müssen wir uns didaktisch fortbilden, aber das halte ich für das übliche Geschäft einer Lehrerin, eines Lehrers, und das machen wir. Es ist jedoch noch ein weiterer Punkt wichtig, der ebenfalls in der Konzeption berührt wird, nämlich die Prävention, die Kenntnis psychischer Phänomene, die Hilfsmaßnahmen und die Beratung für Kinder, Eltern und Lehrerinnen und Lehrer. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Christa Müller:** Vielen Dank! – Frau Gehret, bitte, Sie haben das Wort!

**Regina Gehret** (Helene-Keller-Schule): Ich bin erst einmal erleichtert, weil ich von vielen von Ihnen erfahren habe, dass auch Sie jetzt eher die vorliegende Konzeption als Arbeitspapier betrachten. Wir Sprachheilpädagogen hatten die große Befürchtung und die große Sorge, dass alles viel zu schnell vonstatten geht. Es gibt in dem Papier einen Zeitplan, wonach ab 2011/2012 bezirklich schon mit der Umsteuerung bzw. Vorlage von Modellen angefangen werden soll. Wir erleben in der Praxis, dass das zum Teil beschleunigt wird, ohne, dass schon etwas Schnelles da ist. Wir erleben zum Beispiel in den Bezirken, dass Eltern, bei deren Kindern der Förderbedarf Sprache festgestellt wurde, geraten wird, ihre Kinder ruhig erst mal in die Grund-

schule zu geben, um es da zu versuchen. Oder in meiner Praxis waren schon mehrfach Mütter, die fragten: Ach, ich kann mein Kind doch noch im nächsten Jahr bei Ihnen anmelden? Na ja, aber wie lange gibt es Sie denn noch? – Es tauchten dann immer zwei Fragen auf. Einmal fragte ich: Wie kommen Sie denn auf die Idee, dass Sie Ihr Kind für das nächste Jahr nicht mehr anmelden können? Worauf die Mutter antwortete: Ja, das hat irgendeine Schulsekretärin einer Grundschule gesagt, aber das war auch schon die Auskunft vor irgendjemandem in einer audiologischen Einrichtung oder einer Beratungsinstitution. – Also, ich denke, es herrscht eine Verunsicherung, was die Zukunft der Förderzentren Sprache angeht, dass jetzt so etwas einsetzt, weil Eltern nicht genau wissen, wie lange ihr Kind bei ihnen bleiben kann. Wenn es lange bei ihnen bleiben müsste, weil in zwei, drei Jahren der Förderbedarf nicht entwidmet werden kann, dann entscheiden sich die Eltern anders. Dadurch kommt es schon mal nicht zu dem Wunsch, zu sagen: Ich bringe mein Kind da hin. Das wird also ein bisschen unterlaufen und bekommt eine gewisse Beschleunigung.

Dasselbe bemerke ich auch im Kollegium. Die Kolleginnen und Kollegen werden sehr unsicher und überlegen: Ich versuche, wenn ich irgendwie die Möglichkeit habe, woanders hinzugehen, zum Beispiel auch nach Brandenburg, eine Freistellung zu bekommen – bei Angestellten geht das sowieso schneller – und mache mich vom Acker. Das zeigt vielleicht, welche Sorgen einen tagtäglich umtreiben.

Ich habe mir viele Punkte aufgeschrieben, aber finde es schwierig, darauf im Schnellschuss zu reagieren, weil das ein Thema ist, bei dem ich nichts Falsches sagen möchte. Grundlegend zu einigen Ausführungen – sie gehören alle zusammen – möchte ich sagen: Warum Sprache hier so betont wird, habe ich, glaube ich, eben schon dargestellt, nämlich, weil die Sprachheilpädagogik kurz vor der Abschaffung steht. Das macht sich für uns auch an dieser unsauberen, reduzierten Definition bemerkbar. Natürlich gibt es in der Praxis schon seit Längerem immer wieder Diskussionen darüber, wo wirklich eine Sprachbehinderung vorliegt und wo eine Sprachstörung oder temporäre Sprachentwicklungsverzögerung in der Sprachkompetenz der deutschen Muttersprache. Das sind aber grundsätzlich unterschiedliche Dinge, die ich jetzt nicht näher auseinandernehmen kann, weil das zu weit führen würde. Das ist die Sprachheilpädagogik, eine Wissenschaft.

Uns allen ist bekannt, dass es wirklich die sprachbehinderten Kinder gibt. Vielleicht kommt die Rumeierei, diese Vermischung der Begriffe Sprachstörung, Sprachbehinderung, Sprachentwicklungsverzögerung daher, dass man in der Praxis immer wieder versucht, die so oft angekreidete Stigmatisierung zu verhindern, jemanden als behindert zu bezeichnen. Wenn wir uns sinnesbehinderte Menschen anschauen, dann ist keiner da, der nicht sagen würde: Das ist ein nicht sehender Mensch. Ich benenne das mal auch nicht so und gebe dem auch nicht die nötigen Hilfsmittel an die Hand, damit man – um Gottes Willen – nicht sieht, dass der nicht sehen kann. – Ein Stigma entsteht doch erst dadurch, wie wir damit umgehen. Benennen muss ich aber die Sprachenbehinderung als solche, sonst verweigere ich dem Kind, das so etwas hat, die nötigen Unterstützungsmaßnahmen. Denn nur, wenn ich eine richtig gute Diagnose habe, kann ich von da aus eine richtig gute Therapie einleiten. Seitdem ich über 50 bin finde ich es toll, dass ich in meinem Ärztepool unglaublich gute Diagnostiker habe, damit ich entsprechend an die nötigen Therapien komme und nicht erst einmal ewig herumdoktern muss, bis sich möglicherweise ein Symptom verschlimmert hat. – Das als Erklärung dafür, was ich – mit Blick auf unsere Kinder – meine.

Frau Kern! Ich muss mich bei Ihnen entschuldigen, wenn das, was ich vorhin vorsichtig formulierte, nicht stimmen sollte. Ich sagte: Die Schulleiterinnen und Schulleitern der Förderzentren „Sprache“, die Menschen, die ich vom DGS – Deutsche Gesellschaft für Sprachheilarbeit – kenne und diejenigen, mit denen ich aus den Schulpraktischen Seminaren direkt zu tun habe, konnten mir alle nicht sagen, dass sie an diesem Konzept mitarbeiten. Wir Sprachheilschulleiterinnen und -leiter haben uns mal getroffen und darüber gesprochen, aber sie konnten mir nicht sagen, dass ihres Wissens irgendjemand von ihren Kolleginnen und Kollegen an diesem Konzept mitarbeitet. Ich selbst nehme mich nicht so ernst, dass ich der Meinung bin, dass ich, Frau Gehret, nun unbedingt an diesem Konzept mitarbeiten müsste. Ich habe so viel mit meiner täglichen Schulleiterarbeit zu tun, dass ich froh bin, wenn ich sie gut leisten kann. Ich muss nicht daran mitarbeiten, aber es gibt zum Beispiel die DGS und das wunderbare Positionspapier von Professor Glück zu den Bedingungen, die sprachbehinderte Kinder benötigen.

Wenn man sich dieses Papier durchliest, dann fällt einem auf Seite 45 auf – bezogen auf das vorliegende Konzept –, was bei einem selbst – Frau Hirschmann nannte es vorhin „Gschmäcke“ – einen unguten Eindruck mit Blick auf die sprachbehinderten Kinder hinterlässt. Auf Seite 45 steht zum Beispiel,

**Vorsitzende Christa Müller:** Frau Gehret, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche! Bitte kommen Sie, mit Blick auf die Uhr, zum Schluss! Wir stehen arg unter Zeitdruck.

**Regina Gehret** (Helene-Keller-Schule): –, dass besondere räumliche Rahmenbedingungen, spezifische Angebote – bezogen auf die jeweilige Behinderung –, Rückzugsmöglichkeiten usw. für vergleichbar Betroffene nötig sind, aber das bezieht sich auf die anderen Behinderungsarten. Sprache kommt im Punkt 3.4 gar nicht mehr vor, aber die sprachbehinderten Kinder benötigen auch all diese Dinge.

Ich komme jetzt zum Schluss, mit noch einer Bemerkung, die mir am Herzen liegt, nämlich zur Diagnostik: Seitdem Marzahn-Hellersdorf durch die Bezirke geht und das INKA-Modell vorstellt, hat sich ein Generalverdacht entwickelt, den ich im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen nicht stehenlassen möchte. Die beratenden und diagnostizierenden Kollegen meiner Schule haben im Schuljahr 2009/2010 226 Kinder überprüft. Das wurde von der Schule, von den Eltern oder wie auch immer angefordert. Von diesen 226 Einsätzen mündeten nur 59 in einem Verfahren mit dem Ergebnis sonderpädagogischer Förderbedarf Sprache in unserem Bezirk. Von diesen 59 dann wirklich stattgefundenen und zuerkannten Förderbedarfen sind nur 26 Kinder in unserem Förderzentrum eingetroffen. Alle anderen Kinder konnten wir guten Gewissens an uns bekannte Schulen übergeben, von denen wir wussten, dass sie eine gute Integrationsarbeit leisten. Die Kolleginnen und Kollegen sind also 226 Mal „ausgeflogen“, um zu überprüfen, und 26 Kinder sind bei uns. Das möchte ich noch einmal betonen, damit kein Generalverdacht gegenüber den Sonderpädagogen hängenbleibt. – Ich danke Ihnen!

**Vorsitzende Christa Müller:** Vielen Dank, Frau Gehret! – Bitte, Herr Heuel, Sie haben das Wort!

**Klaus-Jürgen Heuel** (Verband Sonderpädagogik): Meine Damen und Herren! Sie haben mir 13 Fragen gestellt, die ich präzise und kurz beantworten möchte. – Eine Frage lautete: Sollte man mit Sprache als Förderschwerpunkt anders umgehen? – Nur ein Satz dazu: Insofern ja, als dass wir in der Sprachheilpädagogik einen Therapieerfolg von fast 100 Prozent haben. Das macht es so besonders in der Sonderpädagogik, und deshalb wird dieser Therapieerfolg so verteidigt.

Zu der Frage nach der selektiven Funktion der Lernbehindertenschulen: Die Sonderschulen haben sich nicht selbst erfunden, sondern sie sind in einem selektiven System entstanden, nachdem in beiden Teilen Deutschlands ein selektives Schulsystem vorhanden war. Die Selektion kommt nicht durch die Förderschule selbst. Es gibt – wissenschaftlich erwiesen – eine Einserkorrelation – eindeutiger kann sie gar nicht sein – zwischen Armut und Lernbehinderung. Das ist nicht unbedingt allein über den IQ definiert, aber häufig schon. Wenn es so ist, dass die Förderquote im Bereich des Lernens sehr hoch ist, dann bedeutet das nicht, dass man dafür einzelne Schulen braucht, sondern das zeigt, dass etwas nicht in Ordnung ist, und zwar gesamtgesellschaftlich. Damit korreliert das. Der VDS möchte auf keinen Fall, dass die Kinder, die den Förderschwerpunkt Lernen haben, in Förderzentren unterrichtet werden. Der VDS unterstützt absolut die Inklusion, verteidigt aber seine sonderpädagogischen Standards, also die sonderpädagogische Qualität.

Zu den 10 Prozent, die in dem Konzept genannt werden: 10 Prozent der Kinder brauchen Hilfe. Es ist egal, ob die irgendein Etikett tragen, das sind einfach besondere Bedarfslagen. Eine Etikettierung ist nicht gut, und man braucht sie dafür auch nicht.

Gibt es Kinder, die in der Schulanfangsphase einfach mitlaufen? – Nein, die gibt es nicht, das macht der Senat schon ganz gut. Es gibt dafür vier Stunden, und wo das der Fall ist, da ist individuell etwas nicht in Ordnung. Da muss jemand krank sein, oder es müssen irgendwelche anderen komischen Dinge vorliegen. Das ist nicht systemisch, also das gibt es definitiv nicht.

Sie fragten, ob wir ein Feedback bekommen und wie sich die Schulen auf die Inklusion vorbereitet fühlen. – Das läuft vor allem im Bereich der Oberschulen sehr schlecht. Die fühlen sich nicht gut vorbereitet und ha-

ben sich kaum damit beschäftigt. An den Grundschulen läuft das deutlich besser, am meisten beschäftigen sich die Sonderschulen damit. Das ist paradox, denn es sollte eigentlich genau umgekehrt sein, weil inklusive Schule und inklusive Bildung keine sonderpädagogischen Themen sein sollten – nur peripher.

Zu Ihrer Frage, was für einen Umfang von Fortbildung wir uns vorstellen, die jetzt notwendig ist: Das kann man schlecht sagen. Uns erscheinen die Zahlen in dem Konzept doch arg knapp. Das ist ein sehr knapper Etat, und aus Platzgründen wird auch nicht beschrieben, wie viele Stunden Fortbildung erfolgen sollen. Das ist auch davon abhängig, wie viel sonderpädagogische Profession in inklusiven Schulen enthalten ist. Das lässt sich pauschal nicht beantworten.

Ebenso wenig lässt sich beim Elternwahlrecht beantworten, welche Folgen das haben wird, denn wir können nicht hellsehen. Vielleicht kann man sagen: Wenn heute in Bremen noch einmal nachgefragt würde, dann würde man sich dort vielleicht etwas anders entscheiden. Das mag sein, aber dazu eine zuverlässige Aussage zu treffen, ist definitiv nicht möglich.

Müssen sonderpädagogische Förderzentren erhalten bleiben? – Nein, müssen sie nicht; aber im Übergang ja, noch ein wenig. Halten wir es mir Prof. Hinz, das ist der Enthusiast der Inklusion. Er sagte, eine solche Inklusion ist wie der Abendstern. Er leuchtet uns den Weg, aber wir erreichen ihn nie. Das kann man nicht schaffen, das ist eine Idealvorstellung. Die reine Inklusion funktioniert in einer Schule für alle ohne Zensuren. Das sind die idealen Bedingungen für Inklusion.

Dass die zentrale Diagnostikstelle die interdisziplinäre Zusammenarbeit mit Ärzten und Psychologen fördert, muss ich verneinen. Das findet jetzt auch so statt: Wenn Gutachten geschrieben werden, dann werden die Experten, sofern sie befasst sind, auf jeden Fall befragt, und manchmal werden sie auch gezielt befragt, also das ist keine Verbesserung.

Eine andere Frage lautete, wie hoch die Förderquote sein sollte. – Noch einmal: Die Förderquote ist total uninteressant. Man muss Ressourcen für ungefähr 10 Prozent der Kinder haben, und zwar verlässlich – wie schon oft gesagt wurde.

Wie ist zu erklären, dass es in Skandinavien keine Lernbehinderung gibt? – Die Antwort darauf ist abendfüllend, das kann man nicht kurz beantworten. Dort herrscht ein völlig anderes System. Finnland ist anders als Schweden. Es ist völlig anders. In Finnland haben 70 Prozent der Kinder einen temporären sonderpädagogischen Förderbedarf, aber ganz anders als hier. Das ist nicht vergleichbar.

Sie fragten zur Inklusion, ob das ein Gleichmacherkonzept ist. – Das ist auf keinen Fall eine Gleichmacherei, sondern die individuelle Förderung aller Kinder.

Zur Ungleichverteilung in den Bezirken: In unserer Stellungnahme verweisen wir auf den Faktor Armut und auf die starke Korrelation zwischen Armut und Lernbehinderung. – Die Kinder werden durch die Umstände beim Lernen behindert. Warum ist das in manchen anderen Bezirken nicht? – Die machen das Etikett nicht drauf. In einigen Bezirken ist es Tradition, das noch zu machen, weil das eine gewachsene Struktur ist, aber in anderen Bezirken ist das nicht der Fall, dort wird es nicht etikettiert. Selbstverständlich sind die Armutsbedingungen vergleichbar. Die Frage ist nur: Ist Armut gleich sonderpädagogischer Förderbedarf? – Da die Schulen sonst kaum Hilfe bekamen, haben sie es getan.

Was soll an der ergänzenden Betreuung verbessert werden? – Erst einmal ist dieses Konzept sehr gut, weil darin auch das Schulhelferproblem angegangen wird. Lediglich vergessen werden unserer Meinung nach die Klassen 7 bis 10, vor allen Dingen mit Kindern, die erhebliche Verhaltensschwierigkeiten haben. – Das zu den 13 Fragen. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Christa Müller:** Vielen Dank, Herr Heuel! – Bitte, Herr Komoß, Sie haben das Wort!

**Bezirksstadtrat Stefan Komoß** (BA Marzahn-Hellersdorf): Vielen Dank! – Sie haben mir zum Glück nur fünf Fragen gestellt. – Erstens – zur Diagnostik oder Pauschale, und damit verbunden noch einmal der Ver-

such einer Erklärung zu der Frage, warum im Ostteil der Stadt so hohe Förderbedarfe festgestellt wurden, insbesondere in Marzahn-Hellersdorf: Weil das dort tatsächlich gewachsen ist und Sonderschule oder Förderzentrum im Osten nicht mit einem Stigma behaftet, sondern eine akzeptierte Schulform ist – ganz anders als im Westen, wo man aus Verzweiflung dann, wenn eine Förderschule droht, lieber in eine spezialisierte Regelschule geht. Die Leute im Ostteil der Stadt gehen ganz normal zur Sonderschule. Sie haben die Sonderschule als Normalschule akzeptiert und melden ihre Kinder dort an, weil das eine schöne Schule ist, in der bis Klasse 10 in kleinen Gruppen unterrichtet wird. – Das in Kurzform.

Pauschale oder individuelle Diagnostik? – Ich hatte angedeutet, dass mich das am Anfang auch sehr beschäftigt hat. Mich hat letztlich die pauschale Lösung deshalb überzeugt, weil ich glaube, dass drei praktische Dinge dafür sprechen. Wir haben pro Jahr 700 Feststellungsverfahren, mal zehn Stunden, wie die Beteiligten sagen, das heißt, man gewinnt 7 000 Stunden, die man mit den Kindern in der Schule arbeiten kann, wenn man auf die Durchführung von Feststellungsverfahren verzichtet.

Zweiter Grund: Man kann bei einer pauschalen Zuweisung in der Tat überall, von der Schulanfangsphase bis zur Klasse 6, die Ressourcen einsetzen.

Dritter Grund – ich fand das, was Herr Steuer gesagt hat, so nett: Man erreicht eigentlich gerade das, was Sie wollen, nämlich die Abschaffung der Schulaufsicht, nur, dass man sie nicht abschafft, sondern in dem Prozess überflüssig macht. Bei einer pauschalen Zuweisung bekommt die Schulleitung direkt die Ressourcen zugeordnet, ohne die Steuerung der Feststellungsverfahren durch die Schulaufsicht. Das halte ich in der Tat für eine interessante Komponente. In der Praxis unseres Modellvorhabens ist es auch so, dass die Schulleitung selbst entscheidet, was mit den zugewiesenen Ressourcen passiert.

Zu Ihrer Frage nach der Art der Einführung und dem Handlungsdruck: Herr Zillich hatte befürchtet, dass die Kinder aus der Sonder- in die Regelschule verwiesen werden. Ich halte es für eine Stärke des Konzepts, dass das ab 2012 allmählich, mit jedem neuen Jahrgang, der nachwächst, beginnt. Das hat sich auch bei uns bewährt, weil Eltern, deren Kinder einmal in einer Sonderschule sind, totale Fans davon sind. Die sind fast nicht mehr – jedenfalls in unserem Bezirk – davon abzubringen, dass die Kinder dort bis zur 10. Klasse bleiben sollen.

Der Handlungsdruck – ich wage mich damit ganz weit vor: Ich finde, bei einer nüchternen Analyse kann man feststellen, dass wir mit unseren Ressourcen, die wir für die sonderpädagogische Förderung einsetzen, erreichen, dass in der Zeit, in der die Kinder in der Schule sind, ein gutes Angebot geschaffen wird. Ich glaube, dass es sowohl im Ost- als auch im Westteil der Stadt so ist, dass man sagen kann: An den Sonderschulen passiert eine gute Arbeit. Was wir nicht erreichen, ist, dass die Kinder, sobald sie mit der Schule fertig sind, ein selbstbestimmtes Leben erreichen können. Da muss die Grundfrage ansetzen: Will ich zehn Jahre lang eine gute, schulische Betreuung – dann kann man mit dem bisherigen System weitermachen und hat keinen Handlungsdruck –, oder will man vermeiden, dass die Kinder die 70 Jahre nach der Schulzeit auch noch auf die öffentliche Betreuung und Fürsorge angewiesen sind? Darum herum muss ich entscheiden, wie schnell der Einstieg in die Inklusion gefunden werden soll.

Mehrfach – unter anderem von Herrn Zillich – wurde nach der Klarheit und Konsequenz des Konzepts gefragt. Braucht es noch die Förderzentren Lernen und Sprache? – Aus meiner Sicht: Zweimal nein, wobei die Neins unterschiedlich zu bewerten sind. Ich glaube, beim Lernen ist deutlich zu sehen, dass das in allen Regelschulen zu bewältigen ist. Für den Bereich der Sprache bin ich etwas anderer Auffassung. Ich glaube zwar nicht, dass man ein Förderzentrum braucht, aber ich finde den im Konzept enthaltenen Ansatz, spezialisierte Regelschulen zu haben, interessant. Ich persönlich kann mir eine Grundschule, aber sogar auch eine Gemeinschaftsschule mit dem Förderschwerpunkt Sprache sehr gut vorstellen, zumal man dann für die wenigen Fälle, in denen man die „Heilung“ nach Klasse 6 nicht erreicht, auch noch die fortwährende Betreuung in der Sekundarstufe I erreicht.

Der vierte Fragenkomplex betrifft das Mitnehmen der Menschen. – Man sollte unbedingt sowohl der Formulierung von Inhalten als auch deren Umsetzung – das ist ein wichtiges Element – ein eigenes Kapitel widmen. Für uns war der zentrale Punkt, dass zwei Koordinatorinnen, die für das Thema Inklusion gebrannt

haben, für den ganzen Bezirk verantwortlich gewesen sind. Man braucht also Menschen, die das befördern – die gibt es, wie schon von meinen Vorrednerinnen dargestellt worden ist –, die eingebunden und als Unterstützer mit auf den Weg genommen werden. Das halte ich für einen der wesentlichsten Erfolgsfaktoren.

Es ist schade, dass Frau Senftleben jetzt weg ist, denn eine entscheidende Frage betraf noch Akzeptanz und das Elternwahlrecht. – Erstens ist das Elternwahlrecht in der vorgestellten Modellanordnung gewährt – wie bisher auch. Sobald Eltern nämlich den Bedarf haben, ein Feststellungsverfahren durchführen zu lassen, können sie selbiges beantragen und danach entscheiden, ob sie auf dieser Grundlage in die Regelschule wollen oder nicht. In unserem Fall kann ich sogar eine Prognose wagen: Wir hatten mittlerweile in den letzten beiden Jahren 600 Kinder in sechs Hellersdorfer Grundschulen, deren Eltern jeweils hätten entscheiden können, ob sie ein Feststellungsverfahren einleiten wollen. Die Kinder hätten danach die Regelschule, die gewohnte Grundschule verlassen. Von diesen 600 Eltern hat das niemand gemacht – nicht einer. Danach wage ich die Prognose: Eltern, auch mit Kindern, die sonst vielleicht in einem Feststellungsverfahren als „mit Förderbedarf“ identifiziert worden wären, fühlen sich zumindest in einer INKA-Struktur so wohl, dass sie auf dieses Feststellungsverfahren verzichten und sich in der Regelschule gut aufgehoben fühlen. – Vielen Dank!

**Vorsitzende Christa Müller:** Vielen Dank, Herr Komoß! – Meine Herren und Damen! Wir hatten ein sehr anspruchsvolles Programm. Die Dauer dieser Sitzung spricht dafür, wie viel Redebedarf es noch gibt, an diesem Projekt weiterzuarbeiten.

Ich bedanke mich herzlich bei den Anzuhörenden für Ihre Unterstützung und die Informationen, die Sie uns gegeben haben. – Für den Ausschuss stelle ich fest, dass die Tagesordnungspunkte 4 a) und e) bis zur Auswertung des Wortprotokolls vertagt sind.

### **Punkt 5 der Tagesordnung**

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.